

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,40 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Litauen, Kurland 6,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erläuterung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 16. August 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontokonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktando-Gesellschaft, Dönhofsstraße 3

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierleistung 0,70 Goldmark, Restbetrag 1.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das seitgedruckte Wort 0,20 Goldmark (ausfallsfrei seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Erstgedruckte das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Jedes über 15 Buchstaben zählende Wort zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar gestellt durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Gute Aussichten in London. Vor einem Räumungsabkommen.

London, 15. August. (WTB.) Die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Delegation über die militärische Räumung der Ruhr haben heute wieder begonnen. Es wurde folgendes Kommuniqué vereinbart: „Zwischen den Vertretern der deutschen und der französischen Regierung hat heute eine Unterredung stattgefunden, die ein positives Ergebnis erwarten läßt. Die Verhandlungen werden morgen vormittag fortgesetzt.“

London, 15. August. (WTB.) Der amtliche englische Kundendienst meldet, daß Reichskanzler Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann, als sie heute in Downingstreet vortraten, dem britischen Premierminister ein Schriftstück mit der deutschen Antwort auf die französisch-belgischen Vorschläge hinsichtlich der Frage der Räumung des Ruhrgebiets übergaben. Der Inhalt des Schriftstücks ist nicht bekannt. Es verlautet, daß die Antwort von beträchtlicher Länge ist.

Paris, 15. August. (TU.) Kanzler Marx, Stresemann und Luther haben sich heute abend um 6 Uhr zu Ramsay MacDonald begeben. Nach einer Meldung der Havas-Agentur nahmen die deutschen Minister unter gewissen Bedingungen den von Herriot festgesetzten Räumungstermin an, schlugen aber das nachfolgende Verfahren vor:

„Das Schlußprotokoll der Konferenz wird ausdrücklich das Versprechen der französischen und belgischen Regierung feststellen, ihre Truppen innerhalb eines Jahres aus der Ruhr zurückzuführen. Andererseits werden die deutschen Delegierten bei dieser Gelegenheit einen formellen Vorbehalt hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Ruhrunternehmens äußern.“

Die Besprechungen der deutschen Minister mit Ramsay MacDonald haben ungefähr eine Stunde gedauert. Sie haben MacDonald den Inhalt der aus Berlin eingetragenen Antwort mitgeteilt. Um 6,40 Uhr nahmen der amerikanische Botschafter Kellogg und Oberst Logan an der Unterredung teil. Die Deutschen brachen um 7 Uhr auf, während die Amerikaner noch ungefähr eine Viertelstunde die Unterredung mit MacDonald fortsetzten. Die deutschen Minister kehrten nach ihrem Hotel zurück und hielten dort eine erneute Beratung ab. Um 1/2 8 Uhr haben sie Herriot die Grundzüge der deutschen Antwort mitgeteilt.

In unserer gestrigen Morgenausgabe meldeten wir aus London — im Gegensatz zur übrigen Presse, die alles schwarz in schwarz malte —, daß eine Vereinbarung sichtbar werde, die Herriots Formel von der einjährigen Maximalfrist für die militärische Räumung unangefastet lasse, aber doch das Vertrauen Deutschlands zur Loyalität des französischen Räumungsvertrages zu stärken geeignet sei.

Im Laufe der letzten vierundzwanzig Stunden ist nun die Wahrscheinlichkeit für das Zustandekommen einer solchen Vereinbarung außerordentlich gestiegen. Eine neue Lage hat sich herausgebildet. Die Versuche der Franzosen, zwischen der Räumungsfrage und der deutsch-französischen Handelspolitik eine Verbindung zu schaffen, sind fallen gelassen worden. Von einer Einschränkung der deutschen Handelsvertragsfreiheit über den 10. Januar 1925 hinaus, insbesondere von einer weiteren Zulassung der zollfreien elsass-lothringischen Kontingente, ist nicht mehr die Rede. Die wirtschaftliche Räumung wird sofort beginnen und total sein, d. h. es wird von der französisch-belgischen Regie nichts übrig bleiben, auch nicht die 4000 Eisenbahner, deren Befassung zunächst vorgesehen war.

Aber auch die militärische Räumung wird, von den süddeutschen Sanktionsgebieten ausgehend, sofort beginnen und spätestens bis zum 15. August 1925 beendet sein. Es ist vorauszusetzen, daß diese Räumung nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch das Sanktionsgebiet von Düsseldorf-Duisburg und — im Gegensatz zur These Poincarés, daß die Fristen noch nicht zu laufen begonnen hätten — auch die nördliche Zone des vertragsmäßig besetzten Gebiets betreffen wird.

Wenn sich die Dinge so entwickeln, so wird in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes begriffen werden, daß die Sicherheit der Räumung eines so ausgedehnten Gebiets innerhalb einer genau bestimmten Frist wichtiger ist als der Streit darüber, ob die Räumung des Ruhrgebiets ein paar Monate früher oder später vorgenommen wird. Nur muß — das ist selbstverständlich — diese Sicherheit auch wirklich gegeben sein. Hoffentlich gelingt es der Londoner Konferenz, eine Formel zu finden, die das in Deutschland noch immer weit verbreitete Mißtrauen in die Ehrlichkeit und Unbedingtheit der französischen Räumungsabsichten zu beseitigen imstande ist. Die Anregung dazu ist durch den Vorschlag der deutschen Delegation, das Räumungsverprechen einem internationalen Protokoll einzuverleiben, gegeben.

Die Frage der Räumungsfrist: kann weiter auch dadurch entgültet werden, daß sich die Besatzungstruppen bemühen, bei der Bevölkerung kein allzu schlechtes Andenken zu hinterlassen. Hier darf auf das Beispiel der Engländer in Köln hin-

gewiesen werden. Es liegt auch im eigenen Interesse des neuen Regimes in Frankreich, seinen Ruf nicht länger durch die Willkürlichkeiten kleiner Militärdespoten kompromittieren zu lassen.

Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so ist ein rascher und positiver Abschluß der Londoner Konferenz vorauszu- sehen. Die deutsche Delegation wird dann Anfang nächster Woche wieder in Berlin sein, und demnächst wird der Reichstag zusammentreten, um über die Ausführungsgesetze zum Dawes-Plan zu beschließen.

Pariser Indiskretionen.

Paris, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) In Erwartung der deutschen Antwort sind die alliierten Ministerpräsidenten in London Freitag vormittag, 10.30 Uhr, zu einer Sitzung zusammengetreten. Dabei ist es zu einem scharfen englisch-französischen Zwischenfall gekommen. Nach der „Liberté“ soll es MacDonald, nach dem „Temps“ Snowden gewesen sein, der an Herriot die Frage gestellt habe, ob die französische Delegation nicht eine Verkürzung der von ihr für die Räumung des Ruhrgebiets verlangten Frist von einem Jahre eintreten lassen könnte, in Anbetracht der Tatsache, daß die deutsche Delegation gegenüber ihrer Regierung in dieser Frage durch Prestige-Engagements gebunden sei und andererseits ein Scheitern der Konferenz die verhängnisvollsten Folgen für ganz Europa haben müsse. Da man über das Prinzip der Räumung einig sei, warum wolle die französische Regierung so nicht eine großzügige Geste machen, durch die alle Schwierigkeiten überwunden würden? Herriot soll darauf in großer Erregung geantwortet haben, daß er nur ein Wort habe; er habe lokal seine Politik auseinandergesetzt und er müsse sich auf das Entschiedenste weigern, daran rütteln zu lassen. Er könne auch niemand das Recht zugestehen, Frankreich Großmut zu empfehlen. Wenn Frankreich die Stunde gekommen halte, eine Geste der Großzügigkeit zu machen, so würde es das tun, ohne einen Anstoß von dritter Seite abzuwarten. Er müsse es unter diesen Umständen auf das Entschiedenste ablehnen, den englischen Vorschlag erörtern zu lassen.

Wie der „Temps“ mitteilt, soll die von MacDonald am Donnerstag gegen die deutsche Delegation eingenommene Haltung in den politischen Kreisen scharfe Kritik gefunden haben. Mehrere englische Politiker hätten versucht, ihre guten Dienste für eine Vermittlung zwischen Frankreich und Deutschland anzubieten, seien aber bei den Franzosen auf die schärfste Ablehnung gestoßen. Der „Temps“-Korrespondent glaubt, daß die Antwort, die die deutsche Delegation von Berlin erwartet, sie aller Voraussicht nach ermächtigen werde, die französischen Räumungsbedingungen unter gewissen Vorbehalten anzunehmen. Es werde zu erwarten bleiben, ob die deutsche Delegation die französische Haltung in der Räumungsfrage zum Vorwand nehmen werde, um neuerdings zu behaupten, daß ihr die Unterschrift unter das Protokoll der Londoner Konferenz abgezwungen sei und ob sie eine Vergeltung für ihren Mißerfolg durch Unnachgiebigkeit in den weiteren noch ungelösten Fragen des Konferenzprogramms, der Wiederherstellung von Farbstoffen, sowie der Frage der Verschulungen zu nehmen versuchen werde.

Der „Paris Solr“ tritt am Freitag Abend entschieden für die rasche Räumung des Ruhrgebiets ein, da die Aufrechterhaltung der Besatzung eine Fortsetzung der Politik Poincarés bedeuten würde. Der „Temps“, der für die Entwicklung der Dinge in London schon am Donnerstag der französischen Delegation die Schuld beigemessen hat, weil sie, statt die Debatte ausschließlich auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiete zu führen, sich auf das politische Gebiet der Sanktionen und der Ruhrdämmung verlegt habe, zitiert am Freitagabend eine Reihe sozialdemokratischer und demokratischer Pressestimmen aus Deutschland als Beweis dafür, daß es sich bei der Forderung nach unverzüglicher Räumung des Ruhrgebiets keineswegs um das Werk einer nationalistischen Propaganda handle. Das Blatt glaubt jedoch, die Haltung der französischen Delegation mit dem Hinweis darauf rechtfertigen zu können, daß Frankreich ein Recht habe, diesmal skeptisch zu sein, bis es für die Durchführung des Dawes-Planes Garantien in der Hand habe, nachdem die Versprechungen, die es im Friedensvertrag und im Londoner Zahlungsplan erhalten habe, nicht erfüllt worden seien.

Wozu nur zu sagen wäre, daß diese „Versprechungen“ rücksichtslos erpreßt waren, während jetzt frei vereinbart werden sollte.

Ausstand in Afghanistan.

Moskau, 15. August. (WTB.) Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur aus Tachkent vom 11. August ist in Afghanistan plötzlich ein neuer ernstes Aufstand gegen den Emir und seine Reformpolitik ausgebrochen. Nach der gleichen Meldung haben die russischen einen neuen Chron- präbenten, Abdul Kerim, aufgestellt, der sein ganzes Leben in Indien verbracht habe. Die Verbindung zwischen Kabul und den Regierungstruppen ist unterbrochen. Unter den Aufständern herrscht Panik.

Knüppel mit Olivenzweig. Nacht ans faschistische Ziel!

Rom, Mitte August 1924.

So merkwürdig es scheinen mag, hat der Faschismus einen ungeheuren Glauben an Worte. Er produziert deren nicht nur quantitativ mehr, als irgendein anderes Regime. Mussolini leidet an chronischem Wortfluß und er sieht es nicht als Ueberlastung des Faschismus an, dreimal in einer Woche eine politische Rede zu halten; wenn diese Reden unfrisiert auf die Nachwelt kommen sollten, würde der Widerspruch und das Durcheinander ihrer Ideen ein recht klägliches Zeugnis für einen politischen Kurzs abgeben, der die Mitwelt glauben machen wollte, er sei eine Herrschaft des Geistes und der Tat. Merkwürdig ist es auch, daß ein Mensch, der das Bedürfnis empfindet, sich durch einen fast ununterbrochenen Redefluß zu erleichtern, noch diesen Kinder glauben an die Macht der Worte bewahrt.

Wenn Mussolini gesagt hat: „Dem Regime kann nur die Geschichte den Prozeß machen,“ oder: „Jurist lehnen wir nicht,“ oder: „Wir sind entschlossen, das Vaterland und den Faschismus mit jedem Mittel zu verteidigen,“ und wenn darauf die übliche „begeisterte Ovation“ gefolgt ist, dann ist „mit einem Schlag alles anders geworden“. Der Faschismus ist dann einiger und gewaltiger geworden und die Opposition noch „blaffer und miserabler“. Aber nicht nur den Trübsworten, sondern auch den Worten des Friedens und der Versöhnung wird eine solche Wundermacht zugesprochen. „Es ist eine der Illusionen Mussolinis,“ meint der „Corriere della Sera“, „sich von Zeit zu Zeit einzubilden, daß er eine Art Olivenzweig in der Hand hat, oder vielmehr: daß er der Opposition einen Knüppel entgegenstrecken kann, auf dem durch ein Wunder ein Zweig des Friedensbaumes sprießt.“

In das Gebiet der Illusionen der aus dem Knüppel sprießenden Olivenzweige gehört auch ein Satz, den Mussolini in der Schlußsitzung des Nationalrates am 7. August ausgesprochen hat: „Wir müssen die Geschäfte ignorieren, wenn nicht gar verachten, müssen es ablehnen, von ihnen reden zu hören. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen erklären, daß sie unserer ganzen Geistesrichtung völlig fremd sind. ... Noch etwas anderes ist zu sagen. Wir haben etwas durch Eitelkeit gesündigt. Zu viel Titel, zu viel Orden. Das alles mußten wir den anderen überlassen; wir mußten den Stolz haben, nach dem Ziel zu kommen.“

Man greift sich an den Kopf; Olivenblätter auf dem Faschistenknüppel würden einen weniger verblüffen, als diese Worte. Noch nie hat eine Partei in Italien so ausgiebig und mit solcher Hingebung Geschäfte betrieben, große Geschäfte, mittelgroße und kleine, wie die faschistische. Man denke an die vernünftige Veräußerung der Kriegsmaterialien, an die Vergebung der öffentlichen Arbeiten ohne öffentlichen Wettbewerb, an die einträglichen Vermittlungen Filippellis! Um nach dem Ziel zu kommen, also etwa in derselben Verfassung, in der diese Niederrichter auszogen, den Staat zu erobern, müßte eine Art Götterdämmerung hereinbrechen. Wer entleidet sie ihrer Automobile, ihrer Brillanten und Pelze, ihrer Willen und Kurtisanen, ihres parvenühaften Prohontums? Wer zeigt ihnen ein Ziel, wenn man das des materiellen Reichtums nimmt?

Mag sein, daß Mussolini die Geschäfte, die sich im Umkreis des faschistischen Journalismus machen, verachtet, ignoriert, tut er sie nicht. Böse Zungen sagen, daß es Mussolinis bester Freund war, ein noch weit intimerer Freund als Cesare Rossi, der seinerzeit vorschlug, die Aktien des „Corriere Italiano“ auf den Namen Arnaldo Mussolinis zu schreiben, des Bruders des Diktators! Um nach dem Ziel zu kommen, muß man in anderem Geiste aussehen, vor allem muß man ein Ziel haben außer dem, sich ausgiebig, warm und elegant einzukleiden. Wir verstehen, daß solche Worte den tosenden Beifall der Faschisten entziffeln, weil ihnen eine weitere Wirkung nicht beschieden ist; daß die „blasse und miserable Opposition“ über sie lacht, spielt keine Rolle.

In der letzten Woche hat Mussolini dreimal geredet und niemand kann von uns verlangen, daß wir über diese drei Reden berichten. Außer dem Grundfaß des Nacht-ans-Zielkommens, dessen Durchführung bis nach der Seelenwanderung vertagt werden dürfte, haben wir erfahren, daß der Faschismus sich mit Gegenwartszielen begnügt, was sich ganz mit der Lebenskunst seiner Führer deckt, die auf das „Bereichert euch!“ eingestellt ist; wir haben den Nationalrat in einem Atem dem Könige ludwigen und die Umgestaltung der Verfassung im Sinne schnellerer und vollständigerer faschistischer Besitzergreifung des Staates beschließen sehen und schließlich hat uns Mussolini befehrt, daß der Faschismus eine länderliche Erscheinung ist und seinen Entartungen in der Stadt die reine und echte Art des geraden und groben Faschismus der Provinz als Gegenpart und Vorbild entgegenzustellen ist.

Aus dem ungeheuren Wust von Worten kann man das eine herauschälen: Mussolini glaubt, daß ihm heute Forinacci und die anderen Häuptlinge der Provinz, die auf der Jagd

ganz unverföhren erklärten, wieviel Mann sie ausheben könnten, mehr nützen werden, als die Einlösung des dem Senat gegebenen Versprechens der Rückkehr zur Geselligkeit. Hört man das Loblied auf den Faschismus der Provinz, so denkt man unwillkürlich an die „jungfräulichen Hände“, in denen nach Farinacci eigenen Worten das Testament der toten Faschisten ruht, man denkt an den Knüppel, den derselbe Farinacci dem Einheitssozialisten und Kriegsinvaliden Abg. Zaniboni hinhielt mit der Aufforderung, daran zu riechen, da an ihm das Blut vieler Freunde Zanibonis klebe, man denkt an die Parole „Viva Dumini“, die bei einer offiziellen Kundgebung in Sala Baganza (Parma) in Gegenwart des Präsekten erscholl. Man denkt an die Forderung der Wiedereinführung der Todesstrafe, der administrativen Verhinderung der politischen Verbrecher, der Aberkennung der italienischen Staatsbürgerschaft für die von den Faschisten Verbannten, die ins Ausland flüchteten: es erschließt sich eine ganze Bende des Geistes.

Dieser Drang Mussolinis, sich wieder dem Lande zuzuwenden, auf dem der Faschismus seine erste blutige Ausaat gehalten hat, hat natürlich einen sehr praktischen und positiven Grund. Die Häuptlinge der Provinz wollen von der Rückkehr zur Geselligkeit nichts wissen; ein „geschlicher Faschismus“ ist für sie wie ein ausgeblatetes Ei.

Solange Mussolini glauben konnte, im Zentrum stark zu sein, konnte er es riskieren, die Peripherie zur Ordnung zu rufen; solange er sich politisch fest im Sattel fühlte, konnte er sich bei den Häuptlingen, trotz ihres Aufgebots an Bewaffneten, Respekt verschaffen. Heute steht es mit der politischen Macht etwas kläglich. In den 22 Monaten faschistischer Herrschaft sind aus der Regierungsmehrheit ausgeschlossen: Die klerikale Volkspartei wegen der Wahlreform, die Demokraten wegen der Forderung der Regierungsliste als Individuen, nicht als Vertreter ihrer Partei beizutreten, die Bauernpartei, im Anschluß an die Enthüllungen über die Ermordung Matteottis, und jetzt drohen die ministeriellen Liberalen, die schon seit der Aufhebung der Pressfreiheit ungnädig waren, ihre eigenen Wege zu gehen, und auch die Heimkehrer haben Mussolinis Unwillen erregt, weil sie die Rückkehr zur Tradition des Risorgimento gefordert haben.

Daß also der Faschismus heute gerade eine Periode der politischen Hochkonjunktur erlebte, kann man nicht behaupten. Daher seine virgilianische Sehnsucht nach dem Landleben. In der friedfertigen Sprache, deren sich Mussolini befleißigt, klingt die Sache so: wenn der Faschismus im Parlament geschlagen würde, hielte er seine Stellungen in 75 Provinzen.

Daß die Regierung sich heute dem Faschismus der Provinz nicht mehr gewachsen fühlt, geht aus verschiedenen „Kleinigkeiten“ hervor. In Pisa hat ein Faschist vor einigen Monaten eine Reihe gemeiner Verbrechen aufgedeckt, bei denen zwei Personen ums Leben kamen, deren eine durch Mithuld der Behörden dann als Selbstmörder beerdigt wurde: die Schuldigen standen an der Spitze der faschistischen Bewegung der Provinz. Der Anzeiger ist dieser Tage aus der faschistischen Partei ausgeschlossen worden, die sonst nicht so eilig ist mit dem Ausschließen, da sie doch die Rossi, Marinelli, Dumini und Filippelli weiter zu den ihren zählt. Wegen Ermordung eines Landarbeiters in Melinella ist gegen den Faschisten Regazzini ein Haftbefehl erlassen worden. Trotzdem ist Regazzini nicht etwa flüchtig, man hat ihm sogar noch der Tat und nach dem Haftbefehl ein Bankett gegeben, an dem faschistische Autoritäten teilnahmen und an dessen Schluß dem von den Gerichten Gesuchten eine goldene Medaille überreicht wurde. Unlängst wurde dann der Herr in das faschistische Direktorium der Provinz Bologna gewählt. Die Provinz pfeift auf das, was vom politischen Standpunkte aus als „guter Ton“ erscheinen muß.

Um die Provinz zur Legalität zu zwingen, müßte man sie

nötigen, abzurüsten. Auch wenn er heute die Kraft dazu hätte, würde Mussolini das nicht tun, weil er glaubt, ihres bewaffneten Aufgebots möglicherweise zu bedürfen. Hier liegt der Schlüssel des Sieges der Farinacci und der Rückkehr zu Wald und Wiese. Der Provinz zu Ehren hat man auch die Ernennung einer Kommission aus 5 Abgeordneten, 5 Senatoren und 5 Gelehrten beschlossen, die bis zum Oktober eine faschistische Verfassungsreform auszuarbeiten soll, um sie dem hohen Rat zur Bestätigung vorzulegen, nach dessen Billigung sie die Kammern anzunehmen haben. Bis Oktober ist es zwar nicht viel Zeit, um eine Verfassungsreform auszuarbeiten, aber bis dahin kann manches geschehen, was weder Farinacci noch Mussolini zu zögeln vermögen.

Wenn heute auf einmal die Provinz Trumpf ist, so liegt das an der Unruhe, mit der die offiziellen Kreise des Faschismus den Enthüllungen des Prozesses gegen die Mörder Matteottis entgegensehen. Farinacci hat sich auf der Tagung des Nationalrates als Wortführer des Provinzialfaschismus gerühmt: „Wir begehen keine idiotischen Verbrechen“, was eine Ausnahme der Tat in das Inventar des faschistischen Befehlsstandes bedeutet. Ein großer Faschist des Zentrums, nicht der ländlichen und lauterer Peripherie, besteht auch auf dieser Inventarisierung, nämlich Carlo Bozzi, der Chefredakteur des „Nuovo Paesio“, der aus Paris eine nicht uninteressante Erpressungskampagne führt. Er sagt: Entweder ist die Tat ein Verbrechen der faschistischen Partei, und dann dringen die Oppositionen, die volle Klarheit fordern, unfehlbar auf den Bürgerkrieg, da Mussolini es sich selbst, der Partei und der Geschichte schuldig ist, die Herrschaft des Faschismus über das Land zu behaupten; oder es ist ein gemeinsames Verbrechen, dann hat die Sache kein weiteres Interesse.“ Sinn seines Schreibens ist für die Opposition: hört mit eurem Drängen auf, sonst gibt es Bürgerkrieg, und für Mussolini: mache es mir rentabel, manches zu verschweigen, sonst gibt es Skandal.

Wie man sieht, will kein Gott Mussolini vor seinen Freunden schützen, weder vor den inneren, die in den Redaktionen oder im Gefängnis sitzen, noch vor denen in Paris. Er muß „juridisch auf Land“, wo man nicht lesen und schreiben kann. Darum hat auch die letzte römische „Ovation“ mit einem Sturm auf den Verband der italienischen Presse geendet. . . .

Gegen Verfassung und Republik.

Demonstrationen der thüringischen Regierung.

Als Weimar am 11. August der Mittelpunkt der von Reichsregierung und Reichstag beschlossenen Verfassungsfeier wurde, zog es das thüringische Kabinett vor, aus Weimar zu flüchten und sich während der Feier nicht vertreten zu lassen. Das war eine Ungezogenheit mit politischer Spitze. Augenblicklich tagt die Nationalsozialistische Partei in Weimar, jene Partei, die den Kampf gegen Republik und Weimarer Verfassung und die Errichtung der Diktatur an die Spitze ihres Programms gestellt hat. Die Partei, die sich des öfteren zum gewaltsamen Umsturz bekannt und den Münchener Putzsch auf dem Gewissen hat. Ludendorff, die ungestaltete Größe dieser Partei, hielt es für angebracht, in seiner Eröffnungsrede die Tagung der verfassungsgebenden Nationalversammlung im Weimarer Nationaltheater als eine Entweihung des Hauses zu bezeichnen. Und diesmal ist die thüringische Regierung nicht abwesend von Weimar. Sie ließ den Nationalsozialisten die besten Wünsche für das Gelingen des Parteitagess übermitteln, sie gestattet, daß auf dem staatlichen Nationaltheater Halbkreuz- und schwarzweißrote Fahnen gehißt werden. Damit wird aus der Ungezogenheit eine politische Demonstration gegen die Republik und die Weimarer Verfassung.

Will die Reichsregierung, der die Wahrung der

Interessen des Reiches obliegt, diese Provokation stillschweigend hinnehmen? Besteht die Reichsregierung aus solchen durch solche die Reichsverfassung verunglimpfenden Demonstrationen einer Landesregierung beleidigt und abgestoßen. Das Reich und seine Verfassung werden dadurch vor den Augen des Auslandes herabgesetzt. Als feinerzeit der bayerische Innenminister sich den hannoverschen Separatisten gegenüber ähnlich verhielt wie das thüringische Ministerium zu den nationalsozialistischen Verfassungsfeinden, unternahm der preussische Ministerpräsident die notwendigen Schritte bei der bayerischen Regierung. Sie hatten vollen Erfolg. Allerdings: die preussische Regierung ist nicht die Reichsregierung. . . .

Ludendorffs Wunder. — Spaltplätze. — Die Entweihung.

Weimar, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteitag der Nationalsozialistischen Freiheitspartei wurde am Freitag vormittag im Deutschen Nationaltheater zu Weimar eröffnet. Ludendorff und andere völkische „Führer“ waren bereits im Laufe des Donnerstags in Weimar eingetroffen. Der Empfang Ludendorffs, der zu einer großen Demonstration werden sollte, war kläglich, denn außer wenigen Gymnasialisten hatten sich nur einige Stahlhelmeute am Bahnhof eingefunden. Die Tagung im Nationaltheater wurde von Gottfried Feder, Berlin eröffnet, der Herrn Ludendorff als Frontsoldaten, als Feldherrn und auf Grund seiner „Taten“ am 9. November 1923 als „deutschen Mann“ feierte. Der Redner, der tags zuvor Hitler im Gefängnis besucht hatte, überbrachte gleichzeitig die Grüße dieses Putzschisten an den Parteitag. Weiter führte er aus, die Nationalsozialisten seien nicht zusammengekommen, um parlamentarisch abzustimmen, sondern um die Stimmung der Gefolgskleute aus dem Reich zu hören, damit die Führer ihre Befehle ergehen lassen können. Er bezeichnete es schließlich als ein unerhörtes Glück, daß die völkische Bewegung einen „Führer“ wie Ludendorff besitze.

Als nächster Redner trat Ludendorff auf den Plan und las — mit dem Monokel in der Hand — seine Rede vom Manuskript. Er sagte u. a.: „Der 9. November 1923 gibt mir das Recht, hier zu sprechen. Mein Zug in den Strahlen Münchens war geführt worden, um die völkische Bewegung zu retten. Wie durch ein Wunder bin ich und Hitler den Anschlüssen meiner Gegner entkommen. Wir wollen ein freies Deutschland. Wir verlangen von der Bewegung, daß sie planvoll und systematisch arbeitet, denn wir wollen die Macht im Staate erringen. Die Lösung der Arbeiterfrage nimmt die erste Stelle im nationalsozialistischen Programm ein, dann folgt die Berechtigung der Macht des internationalen Kapitals. Aber auch die konfessionelle Frage bedarf der Erleuchtung. Wir sind uns besonders darüber im Klaren, daß es der nationalsozialistischen Bewegung noch ganz erheblich an Macht fehlt, weil die deutsche Weltanschauung bei den einzelnen in der Bewegung noch nicht fest verankert ist. Die Unentbehrlichkeit der Landtags- und Reichstagsfraktionen wird jeder von uns trotz unserer Stellung zum Parlamentarismus einsehen. Sie haben die Aufgabe, für die Bewegung günstige Positionen in der Gesetzgebung zu schaffen.“ Nachdem Ludendorff die Führer der Nationalsozialisten in den Himmel gehoben hatte, sprach er von den Spaltplätzen in der Unterführerschaft und verlangte Zucht von der Jugend. „Die Männer“, so sagte er, „die den Weltzug mitgemacht haben, haben den Segen der Mannesucht an ihrem eigenen Leibe zu spüren bekommen.“ Im letzten Teil seiner Rede sprach Ludendorff von der „Entweihung“ des Deutschen Nationaltheaters. Er wollte damit auf die Tagung der deutschen Nationalversammlung und die Verfassungsfeier anspielen.

Dann begann die große Reihe der Vorträge, deren über 20 für den Parteitag vorgelesen sind. Außer diesen Vorträgen sind sechs öffentliche Versammlungen vorgelesen, in denen Ludendorff sprechen soll. A. Barthels sprach über die geistige Vertiefung der Bewegung und vertrat seinen allein völkischen Standpunkt in bezug auf die Reinigung der Literatur von dem jüdischen und internationalen Einfluß. Nach Vorträgen über die Presse und die Organisation trat man in eine Mittagspause ein. Am Nachmittag wurden nur organisatorische Fragen behandelt.

Besuch bei Romain Rolland.

Von Hans Besemann (Gen).

Man geht noch keine kleine Bierstunde von Territet aus, immer am blauen Genfer See entlang mit dem Blick auf den Dent du Midi, bis man nach Billeneuve kommt, wo der große, weiße Europäer wohnt. Durch einen stillen Garten steigt man zu der „Villa Olga“ empor. Bienen schwärmen um Bienstöcke, ein schwerer, süßer Duft weht von den Fliedertrauben, die das Haus umranken, eine schöne, schwarze Katze springt in dem hohen Gras nach den Mäusen, hinten im Garten schmettern ein paar Finken.

Ich sitze im Empfangszimmer und warte auf ihn. An den Wänden hängen japanische Seidentapeten, Stiche von Galot und moderne Landschaften dazwischen. Hohe Bücherregale; ich untersehe: Racine, Goethe, Briefwechsel Wagners mit Lizzy und dort, halb aufgeschnitten, auf dem Tische die „Sonette der Gefangenen“ von Ernst Toller.

Die Tür geht auf, wir begrüßen uns, dann sitzen wir einander gegenüber und plaudern von deutscher Literatur und Musik. Er erzählt von Toller, den er kennt und liebt; zu seinen Sonetten hat er die Vorrede geschrieben. Auch Sternheim kennt er. Sein Rapoleon ist „delicieux“ — und dann nennt er sie alle: Unruh, Werfel, Zech . . . und plötzlich der Name Gerrit Engelke. „Da, ich habe ihn gelesen, er war ein Stück deutscher Seele, ein deutscher Arbeiter. Sehen Sie, mit schreiben so viele junge deutsche Freunde, sie haben so viel Mut und ehrlichen Willen, die Welt zu bessern, die wir Alten verdorben haben, es ist überall dasselbe, auch bei uns in Frankreich.“ Und er erzählt vom neuen Geiste des jungen Frankreich, das entschlossen, oft rücksichtslos, aber immer ehrlich, mit den alten Traditionen bricht und eine neue Erkenntnis des Menschen und des Lebens will. „Sie suchen Verbindung mit den jungen Deutschen und Verständigung — ohne dabei pazifistische Neologen zu sein — aber sie sind pazifistisch. (Ich denke an Noeche, Franz von Wendrin, Hilferknaben — und Schweige.) Wir wollten nicht von Politik sprechen, aber nun erzählt er doch von dem „französischen Hilfskomitee für Kinder“ und von seiner Sammlung für deutsche Kinder. „Ja, Frau Millerand hat allerdings deshalb den Ehrenvorsitz niedergelegt, aber dafür haben uns ehemalige Kriegsgefangene und Soldaten Geld für die deutschen Kinder geschildet und die französischen Mütter aus Douai, das am schwersten unter der deutschen Besetzung gelitten hat, geben uns gleichfalls ihren Obolus „für die hungernden Kinder Deutschlands“.

Er spricht noch weiter. Ich betrachte sein bleiches, etwas müdes Gesicht, das mit den großen blauen Augen hinter den Brillengläsern an Verlaine erinnert, und ich verführe plötzlich diesen Ausdruck leichter Traurigkeit, der über seinem Gesichte dämmert. Es ist zu viel, neben einem eigenen, großen und ganzen Leben noch die Last dieses tranken Europa duldend und teilnehmend mit zu leben. Er ist wie eine Kerze, die an beiden Enden brennt. . . .

Er schweigt und gibt mir zum Abschied die Hand. Ich bitte ihn um ein Wort, das ich nach draußen mitnehmen kann. Da schreibt er auf die kleine Druckschrift des französischen Hilfskomitees ein paar Zeilen, die in deutscher Uebersetzung etwa folgendermaßen lauten: „Für Hans Besemann, damit er in Deutschland von diesem besseren Frankreich Zeugnis ablegen kann. Romain Rolland.“

Ich kann mich dieser hohen Pflicht nicht besser entledigen, als daß ich einem ehemaligen „Feinde“ selber das Wort gebe. Die nachfolgenden Worte sind eine wörtliche Uebersetzung aus dem monatlichen Bulletin des französischen Kinderhilfskomitees:

Tourcoing, 26. Januar 1924. Meine Damen und Herren! Als Abonnement der „Ere Nouvelle“ habe ich mit einer gewissen Rührung den menschenfreundlichen Appell von Romain Rolland zugunsten der Kinder unserer ehemaligen Gegner, der Deutschen, gelesen. Ich wurde am zweiten Tage der Mobilmachung eingezogen und im September 1914 in Rauberge gefangen genommen. Dann kam ich in die Gefangenschaft nach Deutschland, wo ich viel gelitten habe, besonders während der Zeit, die ich in Ruhe verbrachte. Während dieser ganzen Zeit waren meine Frau und meine beiden Kinder im besetzten Gebiete, wo sie jahrelang Hunger leiden mußten, und ich fand bei meiner Rückkehr im Dezember 1918 sie alle drei unterernährt und elend vor. Und doch lege ich diesem Briefe hundert Franken bei, die ich für die Kinder derjenigen bestimme, die meine Angehörigen und mich leiden ließen. Als Sozialist und Franzose bemühe ich mich, menschlich zu sein. Ich glaube an eine bessere Zeit, und ich sehe in einer hoffentlich nahen Zeit Franzosen und Deutsche sich lieben, anstatt sich zu hassen, und bei gemeinsamer Arbeit an dem großen Werke, die Völker zu veröhnen. Mit aufrichtigen Grüßen Ihr R. D.“

Der alldutsche Karl Marx und das Bleiweißverbot.

Von Adam Schall.

Was für sonderbare Blüten der Rottoller manchmal treibt, wissen die Leser des „Vorwärts“ so aus manchem Beispiel. Andererseits sind auch die wilden Gedankenprinzipale der Nationalisten aller Länder bekannt. Was aber daraus wird, wenn französischer Nationalismus und Rottoller sich vereinigen, dafür konnte man dieser Tage ein interessantes Beispiel lesen.

Der Mann, an dem dieser komplizierte Krankheitsfall aufgetreten ist, ist nicht etwa ein in der Demagogie der gewöhnlichen bürgerlichen Tagespresse untergehender Journalist, sondern ein würdiger, ernsthafter alter Gelehrter, nämlich der alte Poes-Gunot, Chefredakteur der wissenschaftlichen Zeitschrift „Journal des Economistes“. Ein Mann von beiläufig 80 Jahren, alter republikanischer Kämpfer schon aus Napoleon III. Zeiten, Verfasser eines interessanten Buches gegen die katholische Kirche und vieler volkswirtschaftlicher und politik-historischer Werke.

Er nimmt sich im letzten Heft seiner Zeitschrift nicht weniger als drei Seiten Raum zu einer Polemik gegen das vom internationalen Arbeitsamt des Völkerbundes geplante Bleiweißverbot. Er setzt auseinander, daß das Fabrikationsverfahren nach Thénard-

Gautier gegenüber dem sogenannten holländischen Verfahren der Herstellung von Bleiweißpulver ohnehin schon die Vergiftungsgefahr auf ein Minimum herabgesetzt habe und im übrigen strenge Reinlichkeit genüge. Er zitiert den englischen Sachverständigen Sir Thomas Oliver als Kronzeugen und macht sich darüber lustig, daß „die Sozialisten aller Spielarten, daß alle Philanthropen und Neuraufeniker, unbelastet von Sachkenntnis“, sich auf dieses Problem des Arbeiterschutzes gestürzt hätten.

Soweit der Rottoller; und soweit könnte man die Sache auf sich beruhen lassen, denn Poes-Gunot hat über das Bleiweißverbot nicht zu entscheiden. Aber zum Schluß faßt der Alte allen Haß seines langen Lebens zusammen in ein klassisches Zitat aus seinem neuesten Buch über „Parlamentarische und atavistische Politik“, in dem der Verblüffte so schreibt:

„Die Friedenskonferenz hat alle Anstrengungen der Sozialisten zusammengefaßt und dadurch Karl Marx' Entwurf einer Internationalen verwirklicht. Die Sieger über Deutschland haben sich verwandelt in Vorkämpfer dieser neuen Form des Alldutschums.“

Und das Bleiweißverbot, so meint er, sei auch nur ein Ausfluß dieser im Grunde alldutschen international-sozialistischen Einstellung. Wenn also das internationale Arbeitsamt in Genf über ein Bleiweißverbot diskutiert, so ist das ein Beweis für nicht weniger als folgende Behauptungen:

1. Der Völkerbund ist eine sozialistische Einrichtung.
2. Der Völkerbund ist aber auch eine alldutsche Einrichtung.
3. Die Friedenskonferenz hat eine Internationale im Geiste von Karl Marx errichtet.
4. Diese Internationale ist eine alldutsche Einrichtung.
5. Karl Marx ist der geistige Vater des Alldutschums.

Das ist zu finden in einer ersten wissenschaftlichen Zeitschrift Frankreichs, vom Chefredakteur mit Namen gezeichnet. Man sieht: Rottoller und französischer Nationalismus ist entschieden eine interessantere Komplikation von Krankheiten als Rottoller mit deutschem Nationalismus.

Institut für Buchkunde. Der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum hat sein Organ umgestaltet: von dem Direktor des Museums für Buchwesen und Schrifttum, Prof. Albert Schramm in Leipzig herausgegeben, beginnt jetzt eine „Zeitschrift für Buchkunde“ zu erscheinen. Eine wissenschaftliche Darstellung der Buchkunde erklärt Schramm auf Grund einer Umfrage nur auf dem Wege einer Organisation der Arbeit für möglich. Eine solche ist aber seiner Ansicht nach einzig und allein an den Universitäten zu bewerkstelligen, und zwar durch die Gründung von Instituten für Buchkunde. Das Verlangen, ein solches Institut an jeder Universität zu errichten, erscheint auch ihm zu weitgehend. Aber diejenigen Universitäten, in deren Stadt das Buchgewerbe besonders blüht, sollten es als Ehrenpflicht ansehen, hier zu helfen, vor allem Berlin, München, Leipzig und Frankfurt a. M. Dazu bedürfte es keiner besonders großen persönlichen Aufwendungen. Die Bibliotheken und Museen des Dries müßten die als Honorarprofessoren anzustellenden Dozenten im Nebenfach hergeben. Dazu kämen Sammlungen und Handbibliotheken, wie sie Leipzig in seinem Buchermuseum schon hat. Auch in Berlin wäre das Institut im Zusammenhang mit der Staatsbibliothek un schwer zu verwirklichen; das feinerzeit von dem

Hände weg von den Agrarzöllen!

Wahnung des Außenhandelsverbandes.

Mit außerordentlicher Schärfe kennzeichnet der Außenhandelsverband die schweren Gefahren, die bei einer Durchführung der Agrarzölle der äußeren und der inneren Wirtschaftspolitik erwachsen. Der genannte Verband schreibt:

In der denkwürdigen Sitzung vom 8. August d. J. hat der Reichsrat die Regierungsvorlage vom 15. Juli betr. Wiedereinführung der Agrarzölle und Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes un verändert angenommen. Er hat diese weittragenden Beschlüsse, ebenso wie der Reichswirtschaftsrat, nur mit geringer Mehrheit gefasst. Die Entscheidung stand auf des Messers Schneide. Das Ergebnis wäre anders gewesen, wenn nicht die preussischen Provinzen ein selbständiges Stimmrecht im Reichsrat hätten und in der Lage gewesen wären, das Votum der preussischen Staatsregierung durch gegenseitige Stellungnahme zu durchkreuzen. Passiert nun die Vorlage ungefährdet noch die dritte parlamentarische Instanz, so ist die Bahn frei für eine agrarische und industrielle Hochschulpolitik. Diese Gefahr ist dringend, wenn auch die Mehrheit in der Reichsregierung zurzeit noch für einen „gemäßigten“ Schutz eintreten mag, wie u. a. aus wiederholten Erklärungen des Reichswirtschaftsministers hervorgeht. Der Begriff „mäßig“ ist nur allzu elastischer Natur. Jedenfalls wird es durch die Vorlage in die diskretionäre Ermessen der Regierung gestellt, Inbzöllen in beliebiger Höhe und Agrarzölle in der unerhörten Höhe des autonomen Bülow-Tarifes einzuführen, d. h. 75 M. für den Doppelzentner Weizen, 70 M. für den Doppelzentner Roggen und Hafer, mit der Maßgabe, bei Vertragsverhandlungen nicht unter die früheren Vertragsätze von 55 M. bzw. 50 M. herunterzugehen. Die erforderliche Zustimmung des Reichsrates und des Reichswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages für die Erhöhung der Inbzölle ist ein recht schwacher Schutz. Gleichzeitig sollen auch die anderen Lebensmittelzölle in der früheren Höhe wieder eingeführt werden, das Ausfuhrverbot für Getreide beseitigt und durch Wiedereinführung der berüchtigten Getreideeinfuhrzölle gar die Möglichkeit einer Getreide-Exportprämie geschaffen werden. Gewissermaßen als eine Forderung der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ gegenüber der Industrie soll in schematischer Weise der frühere Zollschutz für die Landwirtschaft wieder hergestellt werden, obwohl sich doch seitdem die wirtschaftlichen Verhältnisse im In- und Auslande grundföhrlich geändert haben.

Besondere Beachtung verdient, daß zunächst die autonomen Agrarzölle in Kraft treten sollen, die selbst im Bülow-Tarif nur auf dem Papier gestanden haben, weil sie sofort vertragsmäßig herabgesetzt wurden. Diesmal dürfte aber vorausichtlich geraume Zeit verstreichen, bis es zum Abschluß von Zolltarifverträgen mit Agrarstaaten kommt, und es bleibt noch abzuwarten, ob wir dann wirklich mit diesen „Verhandlungszöllen“ den gewünschten Erfolg erzielen. Welche Agrarstaaten kommen denn überhaupt noch in Betracht? Rumänien wird nach der starken Einschränkung seines Brotpotentiales infolge der Agrarreform nur wenig ausführen können. Oesterreich-Ungarn konnte schon vor dem Kriege kein Getreide mehr nach Deutschland ausführen; ebenso wenig können es die Nachfolgestaaten. Ob Rußland in absehbarer Zeit wieder Getreide oder sonstige Lebensmittel in größerer Menge zu liefern in der Lage ist, unterliegt begründetem Zweifel; die geringe Ausfuhr, die zurzeit nicht über das Schwarze Meer, sondern über die Baltischen Häfen geht, wird von Stanbinavien aufgenommen. Nicht ins Gewicht fällt auch die minimale Ausfuhr aus Polen und den Randstaaten. Es bleiben im wesentlichen die überseeischen Agrarländer, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika. Nun besteht aber nicht die geringste Aussicht, daß diese einen Tarifvertrag mit irgendeinem Bunde abzuschließen beabsichtigen. Auch der neue, immer noch nicht ratifizierte Handelsvertrag mit Deutschland ist beinahe ausschließlich ein reiner Weißbegünstigungsvertrag. Schließlich hat Argentinien bisher überhaupt noch keinen Tarifvertrag abgeschlossen. Alles in allem besteht daher die dringende Gefahr, daß Deutschland auf seinen autonomen Agrarzöllen sitzen bleibt, jedenfalls auf geraume Zeit hinaus, und sie

schließlich diese Anwartschaften wieder aufheben muß, nachdem sie die deutsche Volkswirtschaft aufs schwerste geschädigt haben.

Daß Agrarzölle, zumal unter den heutigen Verhältnissen, kein taugliches Mittel gegen die Agrarkrise bilden können, ist in der hierauf bezüglichen Denkschrift des Außenhandelsverbandes eingehend dargelegt worden. Dasselbe wird in kurzen Worten auch durch das im Reichsrat abgegebene Votum der preussischen Staatsregierung und durch zahlreiche andere objektive Sachverständige bestätigt. Jeder Agrarzoll, gleichviel in welcher Höhe, ist heute um so unzeitgemäßer, als bei den schlechten Ernten in Kanada, Süd- und Ost-Europa, sowie den ungünstigen Saatensandberichten aus Argentinien, mit hohen Weltmarktpreisen auch im nächsten Jahr zu rechnen ist. Fest steht, daß diese Zölle wie nichts anderes geeignet sind, dem im Interesse unserer Ausfuhr dringend notwendigen Preisabbau entgegenzuwirken und die wirtschaftliche wie innerpolitische Krise aufs äußerste zu verschärfen. Obendrein werden sie nach allen früheren Erfahrungen, bei uns wie im Auslande, zu einer üblen „do-or-des“-Politik führen, zu einem parlamentarischen Kuhhandel, einem gegenseitigen Zollversicherungsgeschäft zwischen Landwirtschaft und gewissen Teilen der Industrie. Die Industrie wird, vor allem auf den ersten Produktionsstufen, als „Kompensation“ einen erhöhten Schutz verlangen und durchsetzen, wobei die Fertigungsindustrie am schlechtesten abschnitten wird. Die Erfahrung wird zeigen, ob Deutschland in der Lage ist, gute Handelsverträge abzuschließen oder ob nicht vielmehr das deutsche Beispiel den Aufstuf zu einem weiteren internationalen Zollwettrüsten und weiterer internationaler Abschließung bildet.

Die Zuschrift des Außenhandelsverbandes weist schließlich darauf hin, daß auch innerpolitisch die Teuerungspolitik verhängnisvolle Folgen haben müsse, da sie, wie der Kampf der sozialistischen und der kommunistischen Presse gegen die Zölle beweise, die sozialen Gegensätze verschärfe.

Fraglos hat sich die Reichsregierung mit ihrer Zollvorlage das Verdienst erworben, die soziale Krise außerordentlich zu steigern. Ihre den Großgrundbesitzern freundliche Politik mußte bei der Arbeiterschaft den schärfsten Widerstand auslösen. Der Außenhandelsverband bestätigt ja selbst, daß die Agrarschutzzölle nicht nur aus Gründen der inneren, sondern auch aus denen der äußeren Wirtschaftspolitik abzulehnen sind. Wir sind gespannt, mit welchen Wadenhütern Herr Kainig jetzt aufwarten wird, um den Brotwucher und die Privilegierung der Großagrarier zu begründen.

Nationalistische Sonderwünsche.

Der Bürgerblock ist die Hauptsache!

Die Nationalisten haben die Krise der Londoner Konferenz benutzt, um ihre Agitation neu zu beleben. Sie wollten die Situation, die ohnehin schon schwierig genug war, noch weiter erschweren durch eine innerpolitische Krise. Die Presse der Rechten hat in dieser Situation den Gedanken des Bürgerblocks erneut in die Debatte geworfen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat bei diesem Treiben die Führung. Sie schrieb gestern abend:

„Wir glauben, daß die deutsche Regierung gezwungen sein wird, nach von London aus ihren Rücktritt zu erklären, wenn Frankreich nicht nachgibt. Insbesondere der Reichsaußenminister hat sich, zuseht noch durch seine Zustimmung zur Rede des Abgeordneten Hoepflich, persönlich auf die sogenannten Ehrenpunkte und auf die schnelle militärische Räumung vollkommen festgelegt. ... Die Reuter-Weidung, worin die Konferenz sich im Falle eines deutschen „Wir können nicht!“ auf zwei oder drei Wochen vertagen werde, um den verschiedenen Delegierten die Möglichkeit zu geben, nach Hause zurückzukehren und sich mit ihren Regierungen ins Benehmen zu setzen, zeigt den Weg, der gegangen werden muß. In dieser Zeit wird in Deutschland eine Umbildung der Regierung vorgenommen werden müssen, wie sie den Erfordernissen der Situation und dem Ergebnis der letzten Reichstagswahlen entspricht.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sekundiert, indem sie gleichzeitig verlangt, daß die Regierung ihre Stellung bei den Verhandlungen in London von dem Willen der Deutschnationalen abhängig mache:

„Wenn der Minister Dr. Jarres die Parteiführer entsprechend der Auffassung der Regierung über die Lage unterrichtete, so scheint das uns parlamentarischen Gespitzgeheimen entsprechend recht dürrig zu sein, denn schließlich müßte die Regierung doch auch ein Interesse daran haben, zu erfahren, wie die Parteiführer die augenblickliche Lage beurteilen. Letzten Endes sollte die Reichsregierung auch nicht darüber im Zweifel sein, daß die Situation in London bereits so weit gediehen sein kann, daß sich die Reichsregierung infolge der Rückgabe der Londoner Delegation bereits mitten in einer Krise befindet.“

Sie wollen also mitten in den Verhandlungen eine Regierungskrise inszenieren! Sie muten der Regierung zu, daß sie ihre Verhandlungen in London führe so wie sie Briand in Cannes zu führen gezwungen war, gehemmt und unfrei im sicheren Bewußtsein, daß im Rücken ein innerer Feind steht, der nicht davor zurückschreckt, die Wechselfälle der Verhandlungen zum Schaden des Landes, aber zum eigenen parteipolitischen Vorteil auszunutzen und eine innere Krise herbeizuführen.

Von einer Regierungskrise konnte in keinem Augenblick der Konferenzkrise die Rede sein. Das Zureden der Deutschnationalen, daß die Regierung trisenhafte Gefühle haben solle, schafft allein noch keine Regierungskrise. Es zeigt nur, daß die gesteigerte Agitation der Nationalisten dem Zwecke dient, den Gedanken des Bürgerblocks neu zu beleben. Der Plan wurde nur eben schüchtern angedeutet. Er zeigte sich trotzdem klar genug, daß man erkennen konnte nicht das endgültige Ergebnis von London ist den Deutschnationalen die Hauptsache, sondern der Bürgerblock, nicht das Wohl des Landes, sondern die eigene Macht.

Die Agrarbankpläne.

Beratungen, aber noch keine Entscheidung.

Die an den Beratungen über die Agrarbankpläne teilnehmenden landwirtschaftlichen Organisationen und die maßgebenden Stellen in den zuständigen Ministerien sind noch nicht zu einer Einigung gekommen. Der Gesetzentwurf des Reichsernährungsministeriums über die neue Agrarbank soll trotzdem zugleich mit dem Gesetzentwurf zur Liquidation der Rentenbank dem Reichsrat und dem Reichstage vorgelegt werden. Man ist zu diesem Entschluß gekommen, weil die beiden Gesetzentwürfe schließlich eng miteinander verbunden seien und der Liquidationsgesetzentwurf vorgelegt werden müsse. Trotzdem ist zur Stunde noch keineswegs klar zu erkennen, was aus den ganzen Agrarbankplänen werden wird. Auch die Beratungen des Verwaltungsrats der Rentenbank am Donnerstag, die sich in erster Linie mit den Sätzen

der Agrarbank befaßten, haben noch immer zu keinem Abschluß geführt.

Kommunisten und Kriegsgegendtag.

Die Feier im Stadion verboten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Genehmigung zur Abhaltung der am 17. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der kommunistischen Partei, Bezirk Berlin-Brandenburg und anderen kommunistischen Organisationen, geplanten Kundgebung im Stadion zu Lichtenberg ist zurückgezogen worden, weil nach dem Inhalt eines Artikels in Nr. 95 der „Roten Fahne“ vom 14. d. M. keine Gewähr gegeben ist, daß die den Veranstaltern auferlegte Bedingung der Vermeidung politischer Demonstrationen eingehalten wird, vielmehr die Versammlung zu parteipolitischer Propaganda und zu parteipolitischen Kundgebungen ausgenutzt werden soll.

Die Kommunistenkundgebung im Stadion war ursprünglich für den 3. August, dem Befallenengedentag, geplant. Sie wurde seinerzeit verboten, aber für einen späteren Termin freigegeben. Wenn auch diese Genehmigung nunmehr zurückgezogen wurde, so ist der Grund dafür, wie aus der Mitteilung des Polizeipräsidiums hervorgeht, in der Haltung der inzwischen verbotenen „Roten Fahne“ zu suchen. Man wird aber wohl in der Annahme kaum fehlgehen, daß auch das störende und gewalttätige Verhalten der kommunistischen Verbände bei der Verfassungsfeier die Haltung des Polizeipräsidiums beeinflusst hat. Eine Partei, die es auf Inzenerierung von Straßenumulten abzielt, beweist damit, daß sie bewußt Schandluden mit dem Recht auf die Freiheit der Straße treibt. Die Deffentlichkeit vor einem derartigen Mißbrauch zu schützen, ist Aufgabe der Polizei.

Kommunistische Terrorgruppen.

Belsenkirchen, 15. August. (Eigener Drahtbericht.) Der politischen Polizei ist es gelungen, eine Organisation von kommunistischen Terror- und Sabotagegruppen, die bereits im April d. J. in Belsenkirchen festgestellt wurde, aufzudecken. Es befinden sich nunmehr fünf Mitglieder der Gruppe in Haft. Nach dem bisherigen Untersuchungsergebnis hat der festgenommene Führer mit dem flüchtigen militärischen Leiter der hiesigen kommunistischen Partei im März d. J. von der Parteileitung die Anweisung erhalten, Terror- und Sabotagegruppen zu bilden und neben der Beseitigung der Polizeibeamten bei der kommenden Wirtschaftskämpfen die Zehenanlagen im hiesigen Bezirk durch Sabotage zum Stillstand zu bringen. Nach der Gründung der Terror- und Sabotagegruppen wurde versucht, auf den hiesigen Schachanlagen Wilhelmine-Viktoria und Graf Bismarck den Betrieb dadurch zum Stillstand zu bringen, daß die Mitglieder der Gruppe geladene Förderwagen in den Schacht warfen. Nur einem glücklichen Zufall verdanken die arbeitenden Bergleute ihr Leben. Nach der verübten Tat fand der Haupttäter in der Geschäftsstelle des kommunistischen „Ruhr-Echo“ einen Unterschlupf. Bei der Festnahme wurden sämtliche Papiere gefunden. Zwei dieser Gruppe angehörende Terroristen, die im November 1923 zwei Polizeibeamte auf bestialische Weise ermordet hatten, entzogen sich in ihrer Festnahme durch Selbstmord, nachdem sie bei dem Versuch, sie festzunehmen, einen Kriminalassistenten getötet und einen Hilfspolizeibeamten schwer verletzt hatten. Mehrere führende Mitglieder der Belsenkirchener K.P.D. wurden wegen Begünstigung verhaftet.

Die Hilfe für die Rückkehrer.

Sozialdemokratische Anträge angenommen.

Im Reichstagsausschuß für die befreiten Gebiete wurde ein Antrag der Abge. Limberg (Soz.) und Hoffmann-Kiehlerslautern (Soz.) angenommen, wonach die zurückgekehrten Privatpersonen, soweit und solange sie noch keine Beschäftigung gefunden haben, eine Uebergangsbetreuung auf sechs Monate erhalten sollen, und zwar die Bezüge der bis jetzt erhaltenen Betreuungsguppen. Nach Ablauf der halbjährlichen Frist tritt allgemein an Stelle der Betreuung zur Schaffung einer neuen Existenz eine Umbildung nach billigem Ermessen an diejenigen, die einen Erwerb nicht gefunden haben oder denen der amtliche Arbeitsnachweis eine den früheren Verhältnissen entsprechende Arbeit nicht nachweisen konnte. Solange der Zurückkehrer seine eigene Wohnung nicht beziehen kann, treten für ihn die Richtlinien, die für die Beamten in Wohnungsfragen festgesetzt sind, in Kraft. Die von der Reichsentwidlungsstelle gewährten Darlehen zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen sind als gelöst zu betrachten. Der drückendste Fürsorgefall wird ein Ausgewiesener ehrenamtlich als Berater bestellt.

Die zurückkehrenden Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn sollen nach dem alten Verfahren behandelt werden. Dasselbe soll auch bezüglich aller übrigen Angestellten und Arbeiter geschehen, soweit und so lange sie keine Arbeit haben. Weiter bezieht die Ausschuß, die Reichsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht auf die verspätete Zulassung der Steuernotverordnungen im besetzten Gebiet und die dadurch verursachte Häufung der Steuerfälligkeiten die Finanzämter anzunehmen, auf begründeten Antrag der Steuerpflichtigen weitgehende Stundung zu gewähren.

Der 26prozentige Einfuhrzoll.

Billigung in England.

London, 16. August. (CP.) Der Beschluß der Regierung, die 26prozentige Einfuhrabgabe auf deutsche Waren vom 15. September an wieder einzuführen, hat in konservativen Kreisen, die die Reduktion der Lage von 26 Proz. auf 5 Proz. feierlich bedauert hatten, eine gute Aufnahme gefunden. Sie erklären, daß Schatzkanzler Snowden bei seinem Beschluß vom 25. Februar Zeugnis dafür abgelegt habe, daß die Reduktion der deutschen Konkurrenz Voranschub leistete. Auch in gewerkschaftlichen Kreisen bestimpte man vielfach diese Maßnahme, da in diesen Kreisen immer der Standpunkt vertreten worden war, daß die Reduktion der Lage eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde.

Paris, 15. August. (Eco.) Der Londoner Korrespondent des „Journal“ berichtet, daß MacDonald bereits am Dienstag in einem Brief an Herriot seine Absicht, die 26prozentige Reparationsabgabe wiederherzustellen, mitgeteilt habe. Der Korrespondent schreibt weiter, daß hinter diesen Maßnahmen die alte Auffassung stehe, wonach die Vermittlung des Sachverständigenrats eine gefährliche deutsche Konkurrenz für die englische Industrie bringen werde.

Die Erzberger-Mörder in Ungarn. Budapest Blätter hatten gemeldet, daß sich Schulz und Tilleßen, die Mörder Erzbergers, in der Nähe von Budapest aufhielten. Auf Grund dieser Mitteilungen leitete die ungarische Polizeibehörde in Budapest und Umgebung eine Untersuchung ein. Im Laufe des Verfahrens wurde in Budapest bei Budapest ein Mann deutscher Nationalität verhaftet, der sich nicht genügend legitimieren konnte. Der Betreffende wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Göttinger an die Berliner Universität verlegte Ordinariat für bibliographische Hilfswissenschaften, dessen Belegung schon mehrfach gemeldet wurde, ist im Augenblick immer noch nicht eingerichtet.

Die astronomische Uhr in St. Marien zu Lübeck. Der Historiker Johannes Wapacke in Lübeck hat eine sehr interessante Schrift über die dortige weltberühmte astronomische Uhr in St. Marien verfaßt. Das sehr komplizierte mechanische Werk ist im 16. Jahrhundert erbaut worden; eine ältere Uhr wird sogar auf das Jahr 1405 zurückgeführt. Es existieren in den Kirchenakten des Staatsarchivs mehrere handschriftliche Schilderungen dieses Kunstwerkes, von denen aber keine so genau auf all die vielen bewundernswürdigen Einzelheiten dieses Meisterwerkes eingeht wie die Arbeit Wapackes. Die Konstruktionszeichnungen und Beschreibungen des mechanischen Werkes und seiner Funktionen hat mit außerordentlicher Sachkenntnis der Lübecker Uhrmacher Paul Behrens jr. geliefert. Die Wiedergabe aller auf den verschiedenen Scheiben enthaltenen Zeitangaben über Werk- und Festtage, Sonnen- und Mondfinsternisse, die von dem Stundenzeiger zu den verschiedenen Zeiten gespielten Chorale, das astronomische Sternnetz mit Bezug auf die Kunst der Astrologie (Horoskope unter verschiedenen Sternbildern) sowie eine sehr interessante historische Abhandlung machen das Büchlein zu einem äußerst lehrreichen. Die Mittelscheibe der Uhr, welche die Berechnung der Sonnen- und Mondfinsternisse für jeweils 50 Jahre enthält, war bereits seit 1907 abgelassen. Der Observator Professor Lehmann-Berlin hat nunmehr eine Neuberechnung dieser Naturerscheinungen für die Jahre 1925 bis 1975 angefertigt, welche demnach an der hierfür bestimmten Stelle der astronomischen Uhr angebracht werden soll.

Eine interessante Flaschenpost. Im Oktober 1922 kamen die Mitglieder eines Stammtisches auf den Gedanken, ihrem heimatlichen Fließchen in Thüringen eine Flaschenpost anzuvertrauen. Sie hatten damals nicht geahnt, daß ihre Flasche eine gewaltige Wanderung machen und all die zahlreichen Hindernisse, Wehre usw. glücklich überleben würde, um schließlich in das offene Meer hinaus zu gelangen! Jetzt wird bekannt, daß jene Flaschenpost von einem englischen Kapitän namens Smith im August vorigen Jahres zwischen den Bären-Inseln und dem Franz-Josef-Land aufgefischt worden ist. Die Flasche hat also einen gewaltigen Weg nach dem hohen Norden zurückgelegt. Durch günstige Zufälle ist sie in den Golfstrom geraten und von diesem an der norwegischen Küste entlang nach dem Nordmeer geführt worden, wo sie meist nördlich von der Treibeisgrenze vor einem Jahr gefunden wurde. An dem Schicksal dieser Flaschenpost ist vor allem bemerkenswert, daß sie in einem kleinen Fließchen ausgelegt wurde und die lange Reise durch Flüsse und Ströme trotz der vielen gefährlichen Hindernisse, wie sie Brückenpfeiler, Wehre, Hafenanlagen usw. bieten, glücklich überstanden hat.

Das Theater in der Kommandantenstraße bleibt wegen der Vorbereitung zur Operette „Mister Globetrotter“ bis zum 29. August geschlossen.

Im Residenz-Theater finden Sonnabend und Sonntag die beiden letzten Vorstellungen von Ernst Toller's „Sinfonien“ statt. Sinfonien—Ulrich Delecke.

Die Große Volksoper beginnt die Winterspielzeit am 17. August mit dem Woulvorgischen Werke „Der Götterdämmerung“. Die musikalische Leitung hat der neuerepflichtete L. Kapellmeister Jhja Dobrowen.

Gewerkschaftsbewegung

Was zu beweisen war.

Die Fehler der Gewerkschaften, die die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände in der Haltung der Gewerkschaften zur Verlängerung der Arbeitszeit entdeckt und in ihrer Denkschrift niedergelegt hat, konnten in unserem gestrigen Artikel nicht alle aufgezählt werden. Obwohl es eigentlich nur ein einziger großer Fehler der Gewerkschaften ist, nach der Darstellung in der Schrift der Arbeitgeberverbände, daß sie sich gegen die Befreiung des „schonmaligen“ Achtstundentages wenden, gegen die Verlängerung der Arbeitszeit auf 10, 11 und 12 Stunden, wenn sie schon einmal „aus agitatorischen Gründen“ nicht dafür eintreten und zu diesem Zweck eine neue Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgeberverbänden eingehen wollen, so kommt es doch den Verfassern dieser Denkschrift darauf an, diesen „Fehler“ in einzelnen gründlich nachzuweisen.

„Auch die weitere Behauptung der Gewerkschaften, daß das Zweischichtensystem die Krankheiten und Unfälle der betroffenen Arbeiter außerordentlich vermehre, kann objektiver Untersuchung nicht standhalten. Hierüber liegen schon aus der Vorkriegszeit Erhebungen aus Kreisen der Gewerbeaufsicht wie der zuständigen Berufsgenossenschaften vor, die auch durch neuerliche Statistiken nicht zu entkräften sind.“

Die Methode der Beweisführung läuft auch hier auf einen glatten Rohkäseheraus hinaus. In der Anlage wird auf eine im Jahre 1910 veröffentlichte Untersuchung von Gewerbeinspektor Dr. Syrup auf zwei Werken der Großtextilindustrie verwiesen, die zu dem Schluß kam:

„Eine Vermehrung der Unfälle am Ende jeder Schicht infolge Ermüdung der Arbeiter war nicht festzustellen. Von 632 Unfällen traten 20,6 in den letzten vier Stunden der zwölfstündigen Arbeitszeit auf.“

Psychologisch ist diese Feststellung wie ähnliche ihrer Art interessant, doch bildet sie keinen Beweis dafür, daß die Unfallhäufigkeit in den Betrieben mit zwölfstündiger Arbeitszeit absolut nicht größer ist als in Betrieben mit achtstündiger Arbeitszeit. Lieber, dies aber ist der Versuch dieser Beweisführung von vornherein insofern verfehlt, als sie den Arbeiter vom Jahre 1910 dem Arbeiter der Nachkriegszeit gleichstellt, oder stillschweigend „voraussetzt“, daß die ganzen physischen Kriegsnachwirkungen von der Arbeiterschaft überwunden seien. Die Schäden durch Unterernährung der in der Kriegszeit aufgewachsenen jungen Generation sind jedoch noch keineswegs behoben, so wenig als die Schädigungen der Kriegsteilnehmer, die sich insbesondere in rheumatischen Leiden bemerkbar zu machen beginnen. Während die vorkriegszeitlichen Statistiken in dieser Beziehung nicht einfach auf die nachkriegszeitlichen Verhältnisse übertragen werden dürfen, ist es mit der „neuerlichen Statistik“ sehr dürftig bestellt. Soweit solche aber vorliegen, sind sie den Herrschaften höchst unbequem. So eine Erhebung der Rheinischen Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft, die besagte, daß mit dem Uebergang von der zwölf- zur achtstündigen Arbeitszeit die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle sofort erheblich zurückgegangen sei. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände wandle sich deshalb „um Aufklärung der Unfallstatistik“ an den Vorstand der Berufsgenossenschaft. Diese Aufklärung lautete in der Hauptsache:

„Die öffentliche Heranziehung unserer Unfallstatistik durch die Gewerkschaften zugunsten des Achtstundentages ist auch uns bekannt geworden. Die in der Presse wiedergegebenen Zahlen stimmen mit unseren Berichten überein. Im Jahre 1919 machte sich tatsächlich eine so erhebliche Senkung der gemeldeten Unfälle bemerkbar, daß wir glauben, daran nicht stillschweigend vorbeigehen zu können. Wir taten dies mit folgenden Ausführungen:

„Da die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter 229 011 (277 453 im Vorjahre) betrug, so entfielen auf 1000 Arbeiter 95,2 (154,1) Verletzungen und 12,2 (13,5) bei Berücksichtigung der Kriegsgefangenen 12,4) entschädigungspflichtige Unfälle. Der Rückgang der Unfälle findet zweifellos in der Verkürzung der Arbeitszeit und dem Nachlassen des Arbeitseifers (!) seine Erklärung. Ein Vergleich mit dem Vorjahre ist aus diesen Gründen wohl kaum möglich. (!) Berücksichtigt man, daß die Arbeitszeit einschließlich der Pausen

früher um die Hälfte länger war als jetzt, so würde sich die relative Unfallzahl für das Berichtsjahr, auf die zwölfstündige Schichtdauer bezogen, auf 142,8 berechnen, welcher Wert sich dem vorjährigen von 154,1 mehr nähert. Die entschädigungspflichtigen Unfälle zeigen gegen das Vorjahr nicht die entsprechende Abnahme, sondern stehen auf derselben Höhe. Es frägt dies vielleicht seine Erklärung darin, daß eine größere Anzahl von Fällen, die im vergangenen Jahre aus Mangel an Arbeitskräften in den Bureaus der Sektionen nicht erledigt werden konnten, im Berichtsjahre zum Abschluß gebracht wurden. Die Häufung würde also einer mehr zufälligen Charakter tragen.“

Mit dieser Entschuldigung ihrer Veröffentlichung der den Arbeitszeitverlängerern so peinlichen Ziffern hat sich die betreffende Berufsgenossenschaft hoffentlich das Wohlwollen der Arbeitgeberverbände erhalten.

„Ausdrücklich betonen wir“ — so sagt der Vorstand dieser Berufsgenossenschaft — „daß es uns fern gelegen hat, hierin eine wohlwärtige Wirkung des Achtstundentages zu erblicken und dessen Durchführung damit stützen zu wollen.“

Und wenn schon höhere Unfallziffern bei zwölfstündiger Arbeitszeit! Wer ist denn an den Unfällen schuld? Die Denkschrift beantwortet diese Frage an Hand der Statistik einer rheinisch-westfälischen Berufsgenossenschaft dahin, daß im Durchschnitt der fünf Jahre von 1907 bis 1911

„82,2 Proz. aller Unfälle durch die Schuld des Arbeiters selbst sich ereigneten. Wenn auf das erste Drittel der Nachtschicht 41,88 Proz. der Unfälle in denselben Jahren entfielen, so wird dafür folgende „sich aus der Beobachtung des Charakters eines großen Teiles der... Arbeiterschaft“ ergebende „näherliegende Erklärung“ angeführt, die auch durch die früher erwähnte Statistik über das Blauschwarz usw. geführt wird: Tagsüber nimmt ein Teil der Arbeiter die große Gelegenheit zu übermäßigem Alkoholgenuß und sonstigen Ausschweifungen wahr, so daß er vielfach entweder nicht genügend ausgeruht oder angeheitert oder überhaupt nicht richtig arbeitsfähig zur Nachtschicht erscheint. In einer derartigen Verfassung begegnet der Arbeiter natürlich einer eventuellen Gefahr nicht zeitig genug, sondern er läuft, wie man dies in der Praxis leider oft genug beobachten kann, direkt in sie hinein.“

Es sind Glashüttenarbeiter mit der langen Arbeitszeit der Vorkriegszeit und der ganzen Unkultur, zu der die überlange Arbeitszeit der Arbeiter verdammt, die hier als Beweis dafür angeführt werden, daß es hauptsächlich an den Arbeitern selber liegt, wenn sich aus längerer Arbeitszeit eine größere Unfallhäufigkeit ergibt. Triumphierend verkündet die Denkschrift, gestützt auf ihr Material, mit sachlichem Ernst:

„Damit dürfte doch offensichtlich erwiesen sein, daß eine über acht Stunden hinausgehende Anwesenheit und Arbeitszeit im Betriebe beim Zweischichtensystem (mit 12 Stunden, ohne Arbeitswege, D. Red.) nicht zwangsläufig zu einer Vermehrung der Unfälle führt, wie dies mit besonderem Eindring auf die Deffenlichkeit von den Gewerkschaften immer wieder behauptet wird.“

Daß auch die Krankheitsfälle bei verlängerter Arbeitszeit zunehmen, spielt nach der Beweisführung dieser „Denkschrift“ einmal keine Rolle, da „ein Steigen der Krankenziffern im Vergleich zu der Vorkriegszeit in den letzten fünf Jahren allgemein zu bemerken gewesen“ ist. Selbstverständlich sind auch an den vermehrten Krankheitsfällen die Arbeiter schuld, die Krankheiten simulieren.

Die Stribenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände zeigen sich hier mit dem ganzen sachlichen Ernst, den sie in so heroisierendem Maße in dieser Arbeit bekunden, auch von der menschlich-verstehenden und verzeihenden Seite:

„Mag es auch menschlich erklärlich sein, daß die beträchtliche Höhe des Krankengeldes, dessen weitere Heraussetzung auch heute noch von den Gewerkschaften verlangt wird, immerhin einen gewissen Anreiz zu Krankmeldungen bietet, zumal nach den derzeitigen Bestimmungen auch für den Sonntag Krankengeld bezahlt wird und dadurch im Wochenverdienst oft nur ein völlig unzureichender Unterschied zwischen Arbeitsverdienst und Krankenentschädigung vorhanden ist.“

Wenn weiter die Gewerkschaften darauf hinweisen, „daß das Ableben und Abarbeiten der in der Eisen- und Metallindustrie, besonders in Großeisenindustrie und in den Zinkhütten tätigen Arbeiter erheblich schneller erfolge, als in anderen Gruppen und auch deshalb ein erhöhter Arbeiterschutz... durchgeführt werden müsse“,

so wird demgegenüber „innerhalb des uns gesteckten Rahmens an der Hand zahlenmäßiger Beweise genügend dargelegt, daß die Notwendig-

keit des Achtstundentages auf Grund der herrschenden Arbeitsverhältnisse aus sanitären Gründen nicht nachgewiesen werden kann.“

Nachdem auch die kirchlichen und ethischen Bedenken mit gleich sachlichem Ernst abgelehnt sind, wird der Trumpf ausgespielt, die Produktionssteigerung mit der Arbeitszeitverlängerung und dem Uebergang zum Zweischichtensystem sei offen erwiesen und den vorgeblichen „Notwendigkeiten gegenüber müssen alle anderen Ermägungen gegen das Zweischichtensystem zurücktreten, wenn tatsächlich der Beweis einer Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung erbracht ist...“

„Daraus ergibt sich die weitere unabänderliche Folge, daß durch keinerlei neue gesetzliche Eingriffe diese Entwicklungsmöglichkeit gefördert werden darf.“

So beweisen und so befehlen sie!

Nachmalig: Verfassungsfeier in der Reichsdruckerei.

Zu der Verlesung unserer Darlegungen durch die Direktion der Reichsdruckerei erklärt unser Gewährsmann die Behauptung als unrichtig, daß es der Wunsch der Betriebsvertretung gewesen sei, nur eine Betriebsmache für beidseitige Arbeiter juridzubehalten. Die Betriebsvertretung war der Auffassung, daß in Abteilungen, in denen bis zu drei Tagen verkürzt gearbeitet wird, eine engere Beziehung der Teilnehmerzahl nicht zu rechtfertigen ist. Die Betriebsvertretung war durchaus bereit, über die Weiterführung der besonderen Arbeiten und die Zahl der dazu notwendigen Arbeiter eine Verständigung herbeizuführen. Das wurde unmöglich gemacht durch die kategorische Erklärung des Direktionsvertreters, nur 5 bis 10 Proz. der Beschäftigten von 9 bis 12 Uhr die Teilnahme zu gestatten. Die Direktion schloß aus der geringen Beteiligung von noch nicht 100 Personen, daß die genehmigte Zahl dem Bedürfnis der Beschäftigten genügt hätte. Das trifft eben nicht zu. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben bei dem geringen Entgegenkommen der Direktion eine Beteiligung überhaupt abgelehnt. Wenn die Direktion anzweifelt, daß die 100 Teilnehmer an den Feiern sich größtenteils aus gewerkschaftlich unzuverlässigen Elementen zusammensetzen, so empfehlen wir entsprechende Nachprüfung. Der republikanische Flaggenschmuck war am Morgen des 11. August auf den Gebäuden der Reichsdruckerei nicht zu bemerken, während alle anderen öffentlichen Gebäude schon am Sonntag Flaggenschmuck zeigten. Die Betriebsvertretung machte die Hausverwaltung auf die Unterlassung aufmerksam und wurde für diesen Hinweis mit der Bemerkung bedacht: „Der Betriebsausschuß möge sich gefälligst um sich selbst kümmern.“ Eine halbe Stunde später wurden die schwarzrotgoldenen Fahnen gehißt. Hatte die Direktion die Beflaggung angeordnet, dann mußte sie auch darauf achten, daß ihre Anordnung rechtzeitig befolgt wurde.

Wiederaufnahme der Arbeit in Polnisch-Oberschlesien.

In Kattowitz fand gestern im Südpark ein Betriebsratkongress der Gewerkschaften aller Richtungen statt, der sich mit dem Spruch des Schiedsgerichts vom 14. August befaßte. Von den etwa 1000 Delegierten stimmten nur 14 gegen die Annahme des Schiedsspruches. Demzufolge wurde beschlossen, daß die Arbeit auf der ganzen Linie am Montag wieder aufgenommen wird.

Ferner wurden zwei Resolutionen angenommen. In der ersten heißt es, daß die Arbeiterschaft den Streik nur unter der Bedingung abbricht, daß die Arbeitgeber keine neuen Forderungen aufstellen. Sollte dieser Fall eintreten, würde die Arbeiterschaft wieder geschlossen in den Kampf treten. — In der zweiten Resolution verlangt die Arbeiterschaft die sofortige Amtsenthebung des Polizeikommissars Schwierz aus Chorzow, der, wie gemeldet, gestern den Zwischenfall in der Gräfin-Laura-Grube verschuldet haben soll.

Baugewerksbund, Fachgruppe Glaser. Montag, den 18. August, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, unter anderem Verlegung des Arbeitsnachweises, erfordert vollzähliges Erscheinen. Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

20 000 belgische Bergarbeiter im Streik. Infolge der fünf- bis zehnprozentigen Lohnkürzungen sind 20 000 Bergarbeiter in Süd-belgien in den Streik getreten.

Verantwortlich für Volltext: Ernst Reuter; Schriftföhrer: Felix Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Ertmer; Feuilleton: R. D. Döhner; Lokales und Sonstiges: Felix Reuter; Anzeigen: Th. Gled; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann-Berling G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berling-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 1 Blatt.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus am Königsplatz
Täglich 7 1/2 Uhr:
Marrinetto

Volksbühne
Tägl. 8 Uhr:
Gelsa

Deutsch. Theater
Sommerplatzzeit
Stralauer: Stadt und Gärten
Tägl. 8 Uhr:
Mazdababur. Mar Lande in Clubleute

Kammerspiele
Sommerplatzzeit
Stralauer: Stadt und Gärten
Tägl. 8 Uhr:
Das Zeichen an der Tür

Internat. Varietè
Sonntag 3.30 zu haben Preis. das volle Programm!

Rose-Theater
8 Uhr:
Johannisafer
Gartenbühne 7 1/2
Glücksschulze

Th. Admiralsplatz
9 1/2 U.: Der Erlöb 2. Jahrs
12 Monate
zusätzl. auf dem Spielplan
ist die große Revue
Branter und drüber
Vorletzte Vorstellung:
Intimes Th. 8 U.
Gastsp. Künstlerp.
Alb./Nachtlicher
Befehl

Metropol-Theater
8 U.: D. Weltschläger
Mascottchen
Tribüne 8 Uhr:
Biederleuch
mit Jakob Tiedke

Kessing-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die große Revue:
Wien gib acht!
Ueb. 130 Mitwirkende

Residenz-Th.
u. Lit. Alf. Beleritz
Tägl. 8 Uhr:
Hinkemann
Gutscheia
bis 17. August
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Eine tolle Sache
Wallner-Theat.
Täglich 8 Uhr:
Der ungetreue
Eckehart
Schwank in 3 Akten
von Hans Storm

Große Volksoper im Theater des Westens
8 Uhr: **Mignon**
(Sommerpreise)

URANIA Taubenstr. 45/40
im Theater am 16. Aug. um 5, 7 u. 9 U.
und ferner täglich 5, 7 und 9 Uhr:
Uraufführung
„Magapate, der Menschenfresser“
Erlebnisse des Kapitäns Johnsons
unter den Kapitänen der Südsee
Film in 5 Akten — Vortrag von
Dr. v. Leszel, Direktor der Urania
Vorverkauf: Wertheim und Urania-
kasse von 10-1 und von 4 Uhr ab

3 U. Tranan-Theat
Kinder der Freude
Verständl. Bonn
Nervös City, Schiller
Rosa, Schiller-John
Gutscheia
bis Sonntag, 17. August
1-4 Personen
50% Ermäßigung

Casino-Theater
Täglich 8 Uhr:
Das erste, beste Progr.
Zum Schluss:
Der Eröffn.-Schlag.
Maß Liebe schön sein!
Komödie in 4 Aufz.
Volksräuml. Preise

Reichshallen-Theater
Wieder täglich:
Steltiner
Sänger
Anfang 8 Uhr
Oönhoff-Brett!
Schwank (mit 2000 Karten)
Gr. Spezial- Progr.
Anf. 7 1/2, Sonntag 9 1/2 U.

Heute, Sonnabend, 16. August:
ste Aufführung des von alt und jung bewunderten Films

50 RIN-TINTIN
Der deutsche Schäferhund

UFA-PALAST AM ZOO

Wochenbesuch 9 Uhr. Sonntags 6, 7 und 9 Uhr. Vorverkauf 11 bis 9 Uhr.
Ehren- und Freikarten ungtig.

WINTERTHAT
Winstons tuchene
Hüllweil. auch Symphonie
sowie der
August-Spielplan!
Rauchen gestattet!

Magen
leidende nehmen die
edsten Reichel's Ma-
gestropfen, das er-
probte Rezept 22.1.,
u. 2.50. In Droge, und
Apotheken, sonst bei
Otto Reichel, Berlin 41,
50, Eichenbainstr. 4.

Strauertipenden
leber We
Helmut Preiswert
Paul Golterz
vormals Robert Meyer,
Mariannenstr. 3,
Kurt Wroctpl. 10309.

Ischias
in Hüft-, Gesäß-
und Rücken, wenn
zweil. hartnäckig.
In 15 Tagen sind
schwere Fälle beseitigt worden. Dauerhafte
Beseitigung und Befreiung. Arztl. empfohlen.
Frankfurterstr. 146. 9-11. 1-4. Sonntag 10-12. Täglich.

LUNAPARK
Schön ist die O-tsee,
Schön ist's am Rhein,
Am schönsten im Lunapark.
— Doch nur zu zweien —

Heute
MARKKONZERT-Feuerwerk
9 1/2 Uhr Die 9 1/2 Uhr
4 Syphidon
Eintritt 75 Pfennig
Höchst. Mittwoch Filmfest

Rennen zu Karlshorst
Sonnabend, 16. August, nachm. 3 Uhr
Deutsches Jagdrennen

Vergnügungspark
ULAP am Lehrter
Bahnhof
Trei-Varieté
Ab heute das neue Programm
Jede Nummer eine Sensation
Beginn 8 Uhr

Täglich: Voller Betrieb
Konzert und die Attraktionen
Eintritt 60 Pfg.
einschl. Kunstausstellung
und Frei-Varieté mit Aus-
nahme der Sitzplätze.
Beginn 8 U. Sonntags 9 U.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Bau-, Geldschrank- und Möbelschlosser!
Montag, den 18. August, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, im Sitzungssaal
des Verbandshauses, Cinenstr. 63/65
Vertretungsmännertreffen
Tagesordnung: Stellungnahme zu
unserem Vortrags.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

2 Mark
wöchentl. Teilzahlung
liebere
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadellosten Sitz u. Verarbeitung
Maßschneiderei **J. Kurzberg**
Oranienstraße 160, 1.

Schokoladen- und Zuckwaren-
Großhandlung Strecker, G 2,
Stralauer Str. 52, u. Mollatmarkt,
Kattowitz in Warzen, billigen Tafeln, fa-
mose Bonbons, Pfefferminzbonbons, Saison-
artikeln für Schokoladen, Schokoladen-
bünde, Feiligkeiten usw.

Sonntägliche Wanderziele.

Reich an Geschichte und landschaftlich schön ist das Gebiet, das wir aufsuchen wollen. Mit der Hamburger Bahn fahren wir über Blömen (umsteigen) bis Havelberg. Der Bahnhof liegt dicht bei der Stadt, unmittelbar neben der Havel. Havelberg ist mit den Anfängen der Geschichte der Mark Brandenburg auf das Innigste verknüpft. Kaiser Otto I., der Gründer Magdeburgs, gründete 948 das Bistum Havelberg, ebenso Brandenburg und Pommerns zu Havelberg. Der Bischof erhielt schon in früher Zeit große Bedeutung, so daß in den Urkunden nach ihm die ganze Priegnitz häufig als das Land Havelberg erwähnt wird. Bei dem großen Wendenaufstand von 983 wurde die Domkirche von Havelberg zerstört. Erst 1136, unter Albrecht dem Bären, kam Havelberg endgültig in deutschen Besitz. Am 16. August 1170 wurde der neuerrichtete Dom geweiht.

Dom Havelberg.

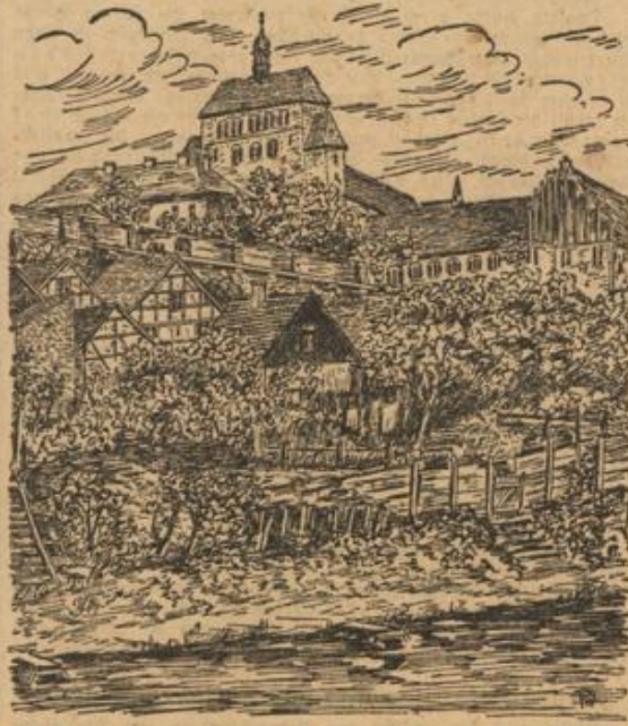
Wenn wir vom Bahnhof kommen, wandern wir zunächst nicht in die eigentliche Stadt, sondern zum Dom. Kurz vor der über die Havel führenden Steintorbrücke wenden wir uns nach links, zur St. Annakapelle. Sie ist ein einfacher, achtseitiger Backsteinbau aus dem 15. Jahrhundert, der Ueberrest des Hospitals St. Gertraud und St. Annen. An der Kapelle vorbei steigen wir durch den Hohlweg zum Dom hinauf. Er liegt hoch oben, am Rand der bis zu 18 Meter senkrecht aufsteigenden Uferhöhe der Havel. Auf dieser Höhe hatten vermutlich schon die Wendon, vielleicht auch bereits die Germanen vor ihnen eine Befestigung. Als die Deutschen dann das Land wieder eroberten, legten sie ein Kastell an, dessen Ausdehnung etwa der des späteren Klosters gleichkam. Die Klosteranlage ist die bedeutendste in der Mark Brandenburg. An den Abhängen der Höhe und auf dem schmalen Vorgelände zwischen der Höhe und der Havel liegen die sechs Vergemeinden, ehemals eigene Gemeinden, im vorigen Jahrhundert jedoch mit der Stadt Havelberg vereinigt. Nur eine schmale Straße zieht sich durch die jetzt zusammenhängende Siedlung hindurch. Von der Domhöhe bietet sich ein prächtiger Blick über die alte Inselstadt Havelberg, die von zwei Armen der Havel umflossen wird. Wir schauen die roten Ziegeldächer der gekrümmten Straßenzellen. Ueberragt wird das Stadtbild von der Laurentiuskirche. In weiter Ferne liegt der jenseitige Uferstrand des breiten Havelstaats. Nach West sehen wir die Elbniederung, über der häufig die Rauchfahnen vorüberziehender Dampfschiffe stehen. Noch umfassender ist der Rundblick vom Turm des Doms. Er reicht bis nach Werben und Spandau. Stehen wir vor dem gewaltigen Turmbau, der in seiner mäßigen Breite und Höhe ungeheuer wichtig wirkt, so können wir uns wohl vorstellen, wie beherrschend er auf die Bewohner des Landes vor 750 Jahren wirken mußte, die in ihren unscheinbaren, winzig klein erscheinenden Häuschen lebten. Wir lernen begreifen, daß von den Menschen, die solche Bauwerke errichten ließen, eine gebietende Macht ausgehen mußte. Von der ältesten Zeit her sind noch beträchtliche Teile des Bauwerks erhalten. Tore und Fenster mit Rundbögen, dem romanischen Bauabstammung angehörend, zeugen davon. Wahrscheinlich rühren die Fundamente mancher Teile sogar von dem ursprünglichen Bau aus der Mitte des 10. Jahrhunderts her. Fast ein Jahrtausend alt, das wären die ältesten Mauerwerke in der Mark Brandenburg. Der Havelberger Dom war der erste bedeutende Steinbau, der im ostelbischen Lande errichtet wurde. Das Scheitelmaterial, das in diesem Zeitabschnitt zum Bau verwendet wurde, stammt aus Steinbrüchen in der Magdeburger Gegend. Backsteine wurden nur vereinzelt als Hilfsmaterial gebraucht. Von 1280 bis 1330 wurde die Domkirche umgebaut, der gotische Dom entstand. Eine neue Zeit in der Baukunst war angebrochen, die Gotik war geboren. Dene hehren Bauten hochgewölbter, auf schlanken Säulen emporkletternder Dome, wie wir sie in alten märkischen Klöstern und Kirchen bewundern, entstanden um diese Zeit.

Das Kloster des Domstifts zu Havelberg ist das älteste in der Mark Brandenburg. Bereits 1144 wurde es mit Prämonstratensern vom Marienkloster zu Magdeburg befehlt; es ist älter als die Klöster von Brandenburg und Bechin. Der älteste Teil der Klostergebäude ist der Konventbau, ein zweiflügeliges Gebäude östlich vom Kreuzgang. Er wurde etwa von 1150 bis 1170 errichtet als einer der

ersten Backsteinbauten im Lande östlich der Elbe. Umflossen von Kreuzgang und Dom liegt der Klostergarten. Hier weht der Hauch reicher märkischer Geschichte, ja Frühgeschichte.

Die Inselstadt.

Etwa um die Zeit des Wiederaufbaus des Havelberger Doms entstand auf der von den beiden Armen der Havel umflossenen Insel die eigentliche Stadt Havelberg. Sie wird zum ersten Male in einer Urkunde um 1150 erwähnt. Die Pfarrkirche wurde dem heiligen Lorenz geweiht, nach dem sie heute noch St. Laurentius-



kirche genannt wird. Ein lebhafter Handelsverkehr, der hauptsächlich den Wasserweg auf der Havel und Elbe nahm, ließ die Stadt aufblühen. Jedoch war der Handel nur in der Frühzeit des Mittelalters von Bedeutung. Als Perleberg sich zum Haupthandelsplatz der Priegnitz aufschwang, ging der Handel Havelbergs zurück. Unter den Wirren des Dreißigjährigen Krieges hatte auch unsere Stadt schwer zu leiden. 1627 belagerten die Dänen Havelberg und zerstörten die Stadt völlig. Arge Verwirrung entstand durch die „vielfältigen notorischen Plünderungen“. Viele Einwohner wanderten aus, darunter auch die Vorfahren des Dichters Mörike. Als der Krieg beendet war, erhob sich die schwer daniederliegende Stadt allmählich wieder. Der Durchgangshandel auf dem Wasserweg nach Hamburg wurde wieder bedeutender; Schiffswerften entstanden, auf denen sogar Seeschiffe gebaut wurden. In neuerer Zeit wurde Havelberg jedoch von Wittenberge überflügelt, da hier der Schienenweg von Berlin nach Hamburg vorüberführt. Das älteste Gebäude der Stadt ist wohl das Begulinhäus, früher eine Kapelle des Heiligen-Geist-Hospitals, jetzt ein Heim für alte Frauen. Es wurde 1390 errichtet. In einem stillen Winkel der Stadt, am Solzmarkt, liegt dieses Haus. Vom Markt führt die Domstraße zu der alten Holzbrücke über den Stadtgraben. Von hier haben wir einen schönen Ausblick zum Dom auf der Höhe des gegenüberliegenden Ufers und zu dem Ortsteil von Havelberg, der sich am Fuß der Höhe selbst hinzieht.

Zur Havelmündung.

Wenige Kilometer unterhalb von Havelberg mündet die Havel in die Elbe. Auf der Sandauer Brücke überschreiten wir die Havel;

die Straße nach Werben führt uns zur Stadt hinaus. Beim Rückblick sehen wir sehr gut, wie der gewaltige Bau des Domes das Stadtbild beherrscht. Der Weg bringt uns zum Wühlhölz, einem schönen Laubwald mit zahlreichen alten Eichen. Das Wühlhölz gehört zum Kumbold der Elbe. Eine kurze Strecke noch, und wir haben den Elbdeich erreicht. Auf der Deichkrone wandern wir gen Nord. Linker Hand ziehen sich einige tote Elbarme, sogenannte Altwasser, hin. An den Bäumen sind Wasserstandsmarken angebracht, die anzeigen, welche Höhe das Wasser in den einzelnen Jahren erreicht hat. Auch das Jahr 1924 hatte einen ziemlich hohen Wasserstand zu verzeichnen. Mit Grauen denken wir an das Unheil, das angerichtet wird, wenn der Strom sein Bett verläßt und über den Deich flutet in das dahinter liegende Land. Bei der Fährstelle erreichen wir den eigentlichen Elbstrom. Auf dem jenseitigen Ufer liegt das Dorf Köbel, bereits in der Altmark (Provinz Sachsen); weiter entfernt taucht der Turm von Werben auf. Wir bleiben auf dem Deich. Immer näher kommt von rechts die Havel, bis sie am Werbener Fährhaus nur durch den schmalen Deich, den Zwischen-deich, von der Elbe getrennt ist. Auf dem anderen Elbufer leben wir Werben. Wir folgen dem Deich bis zu seinem Ende. Von der Spitze sehen wir vor uns die Vereinigung der Havel mit der Elbe. Prächtig ist der Blick über die Stromniederung. Ein frischer Wind weht uns entgegen; er bringt uns einen würzigen Hauch vom weiten Weltmeer.

Beim Werbener Fährhaus lassen wir uns über die Havel setzen. Nachdem wir den auf diesem Ufer verlaufenden Deich gekreuzt haben, kommen wir nach Quilshöbel, einem alten Sitz der Quilshöw. Die Bauernhäuser weisen reich verzierte Giebelstufen auf. Das Dorf wird bereits in einer Urkunde vom Jahre 1310 als „Quilshövel“ erwähnt. Von hier wandern wir durch schönen Wald in nordöstlicher Richtung zum Bahnhof Glöwen, dem Endziel unserer Wanderung. Die Hamburger Bahn bringt uns nach Berlin zurück. Länge der Wanderung (ohne Rundgang durch Havelberg) 20 Kilometer.

Wie die Häuser verfielen.

Seit zwölf Jahren stehen sie. In den letzten acht Jahren wurde gerade das instandgesetzt, was einfach nicht zu umgehen war. Die Besitzer, ein verwandtschaftliches Konfession, hatten andere geschäftliche Interessen, kümmerten sich wenig um den Hausbesitz, verstanden auch nicht viel von der durch Kriegsfolgen und Zwangswirtschaft erschweren Art, Wohnhäuser vor dem Verfall zu bewahren. Die verschiedenen Verwalter sahen zu, daß sie nicht zu kurz kamen, knauserten an allen Ecken und Enden, führten allmonatlich Ueberschüsse ab, die aus den für Instandsetzungen bestimmten Geldern genommen wurden. Die Mieter nahmen ihre berechtigten Interessen und gesetzlichen Rechte nicht genügend wahr. Es bestand auch hier, wie in so vielen Häusern, eine starke Gleichgültigkeit gegen Nachteile, ein stoisches Sichabfinden mit Zuständen, die nicht zu sein brauchten, und eine noch stärkere Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen und der Mieterrechte. Die Mietervertretungen hatten sich aufgelöst, niemand mehr wollte das undankbare Amt, dem so oft von den Mietern selbst die größten Schwierigkeiten bereitet werden, übernehmen. Einige kommunistische Großmänner schwanden Phrasen von Gemeinwirtschaft, redeten den Frauen Löcher in den Kopf und waren unfähig zu praktischer Arbeit. So ging jahrelang alles drunter und drüber. Noch ein paar Jahre so weiter, dann hätte der ausgelochteste Häuserpekulant diese Klammotten nicht als Geschenk angenommen. Da kam ein neuer, sach- und rechtskundiger Verwalter, der sofort die Sachlage überschaut und mit den Hauswirren Fraktur redete. Er wies den Besitzern nach, wie unkaufmännisch sie handelten, und zeigte ihnen das Beispiel vom Loch im Strumpf, das in wenigen Tagen dreimal größer wird, wenn man es nicht rechtzeitig stopft. Die Besitzer kannten bisher selbst nicht den wahren Grad der Verfallung, waren erfreulich einsichtig, den Argumenten des neuen Verwalters zu folgen, und verzichteten einstuweilen auf Ueberschüsse, um nicht durch Fortsetzung des Sparens am verkehrten Ende viel größeren Schaden zu erleiden. In acht Wochen wurde mehr instandgesetzt, als in fünf Jahren gekickt worden ist. Dazu reichten bei weiser Einteilung die Einnahmen hin. Natürlich konnte mit einem Schloge noch nicht jeder Fehler gugemacht werden, aber in das alte für Vermieter und Mieter gleich gefährliche Prinzip ist kräftig Bresse gelegt. Die Mieter sind glücklich über die Wendung, und die kommunistischen Vermöglinge haben die Sprache verloren.

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Der Tag, an dem Andreas vor Gericht erscheinen sollte, brach an, wie ein ganz gewöhnlicher Tag, wie alle Tage, die ihm vorangegangen waren. In der Nacht, die Andreas auf dem Sofa, ohne Kissen und in Kleidern zugebracht hatte, war ihm eine großartige Rede eingefallen, deren Wirkung keine andere sein konnte, als die, daß man ihn um Entschuldigung bitten und den Herrn, den Polizisten und den Schaffner einsperren würde. Der Morgen beruhigte Andreas. Um zehn Uhr sollte der Termin stattfinden. Es ist fast sicher, daß bereits um zwölf Uhr Andreas Bum siegreich und im Besitz seiner Lizenz das Gerichtsgebäude verlassen wird.

Die Sonne schien etwas wärmer und der Frost war gebrochen. Der Schnee schmolz. Es tropfte von den Dächern mit einer süßen hoffnungsfreudigen Melodie. Ja, es begann sogar ein Sperling zu zwitschern. Die freundliche Milde der Natur war wie Gottes tröstende Vergebung.

Andreas hätte sich nicht auf Anzeichen dieser Art verlassen, wenn er in den Geseßen des Staates heimischer gewesen wäre. Er wußte nicht, daß die gutgeöltten Räder dieser Maschine auch manchmal — und besonders in kleinen Fällen — sich unabhängig voneinander drehen und, jedes für sich, das Opfer zermahlen, das ihnen der Zufall ausgeliefert hatte. Denn nicht nur den Gerichten, auch der Polizeibehörde steht das Recht zu, Strafen zu verhängen, und, wer es mit ihr angefangen hat, muß zuerst von ihr erledigt werden. Es schien der Polizei, daß Andreas sich einer gewöhnlichen „Uebertretung“ schuldig gemacht hatte und, daß er der Lizenz nicht mehr würdig war, die er durch eine besondere Gnade des Staates bekommen. Andreas Bum mußte also vor allem verhört werden.

So kam es, daß, während er zur Wanderung aufs Gericht rüstete, die Tür sich aufstieß und ein Kriminalagent eintrat, um Andreas zur polizeilichen Vernehmung abzuholen. Andreas verwechelte in einer katastrophalen Unkenntnis der staatlichen Bestandteile diesen Mann der Polizei mit einem der Gerichte und sagte, daß der Termin erst für zehn Uhr angelegt wäre. Der Beamte ließ sich die Vorladung zeigen, klärte Andreas mit der Sachkenntnis eines Menschen von Fach über den enormen Unterschied auf, zwirbelte dabei seinen blonden

Schnurrbart und sagte endlich: „Pflicht ist Pflicht!“ Das bedeutete, daß er nichts dafür könne, daß er aber seinen Auftrag, Andreas zur Polizei zu bringen, ausführen müßte. Vor dem Kommissär, so riet er, möge Andreas seine Vorladung zeigen.

Andreas Bum tröstete sich. Zwar ahnte er ein neues Unglück. Aber sein Verstand sagte ihm, daß der Staat für seine eigenen Irrtümer verantwortlich sein müsse und daß der Staatsbürger nicht das Recht habe, die Behörden auf ihre Widersprüche aufmerksam zu machen. Also ging er. Unterwegs erzählte er dem freundlichen Kriminalbeamten den ganzen Vorfall. Der Mann lachte herzlich und stark, seine blauen Augen blühten und seine breiten, weißen Zähne leuchteten. „Ohnen geschieht nichts!“ sagte er. Und Andreas sah den neuen Mut.

In der Polizei mußte er warten. Entweder war der Beamte, der ihn verhören sollte, noch nicht anwesend, oder mit anderen Dingen beschäftigt. Die Normaluhr an der leeren Wand des Amtszimmers zeigte halb zehn. Andreas näherte sich der Barriere, hinter der ein Mann in Uniform von gelben Karthofelzetteln Namen und Daten auf rote Zettel umschrieb und sagte: „Entschuldigen Sie!“

Der uniformierte Mann schrieb weiter. Er behandelte den Buchstaben K. Darin wollte er nicht gestört sein. Erst als er den ersten Namen umblätterte, der mit K. anfangte, wandte er den Kopf.

Andreas zeigte ihm die Vorladung. Der Uniformierte fragte, was für eine Geschichte das nun schon wieder wäre, als hätte er bereits eine schwere Enttäuschung mit dieser Persönlichkeit erlebt. Andreas erzählte den ganzen Vorfall haarklein. Im Zimmer warteten zwei Strahemädchen. Sie lachten.

Der Uniformierte faltete die Vorladung wieder zusammen und sagte: „Warum Sie!“ Dann schrieb er weiter. Endlich ging eine Tür auf und die Stimmen eines unsichtbaren Menschen rief: „Andreas Bum!“

Andreas trat vor einen Herrn und machte eine Verbeugung, wobei seine Krücke ein wenig ausrußte, so daß er mit der Hand gegen den Schreibtisch fiel, hinter dem der Kommissär saß.

„No, no!“ sagte dieser. „Erlauben bitte,“ stotterte Andreas, „ich habe hier eine Vorladung.“

„Das weiß ich,“ sagte der Herr, „antworten Sie, wenn Sie gefragt sind.“

Hierauf begann er den Bericht jenes Polizisten vorzulesen, der Andreas aufgeschrieben hatte. Als er zu der Stelle kam, an der die Lizenz erwähnt wurde, schwang er sie ein wenig hoch, so, daß Andreas sie sehen konnte.

„Ist das so?“ fragte der Kommissär.

Es war ein junger Mann mit einem sehr hohen Stehtragen und einem sehr kleinen dünnen Gesicht. Sein spitzes Kinn machte Anstalten, im Kragen zu verschwinden. Er sprach mit einer heiteren Stimme. Dabei glättete er seine Frisur mit beiden Händen und prüfte mit sanften Fingerspitzen immer wieder die gerade Linie seines Scheitels.

„Ja,“ sagte Andreas, „aber nicht ganz.“

„Wie denn sonst?“ fragte der Kommissär.

Andreas erzählte seine Geschichte zum dritten Male. Dann holte er schnell seine Vorladung hervor und zeigte sie dem Kommissär. Der sah nach der Uhr und sagte: „Zu spät! Weshalb sagen Sie das nicht gleich?“

„Was soll ich jetzt tun?“ fragte Andreas.

„Jetzt werden wir Sie erst erledigen.“

„Wie lange dauert es?“

„Das geht Sie gar nichts an,“ schrie der Kommissär.

„Gar nichts an?“ — wiederholte er — und sprang auf. Er begann, im Zimmer hin- und herzugehen. Er schlug mit der Faust auf den Tisch und schrie: „So eine Frechheit!“

Andreas fühlte, daß ihm Blut ins Gesicht schnellte. Haß gegen den Beamten ergriff ihn, schüttelte ihn, so, daß er zitterte. Mit dem Stock schlug er auf den Boden. Speichel floß in seinem Mund zusammen. Er spuckte aus.

Der Beamte ballte die Fäuste. Andreas sah ihn in weiter Ferne. Der Beamte schrie. Andreas hörte seinen Schrei gedämpft und matt. Rote Räder kreisten vor Andreas Augen. Er hob den Stock und traf einen Lampenschirm. Es klirrte schrill. Zwei Männer stürzten sich auf Andreas.

„Vierundzwanzig Stunden!“ schrie der Beamte. Dann überreichte er den Akt Andreas Bum einem Schreiber: „Lizenzentziehung!“ leuzte er und sagte: „Der Nächste!“

Und während man Andreas über den Hof des Gebäudes in den Arrest für leichte Fälle führte, entschwandten alle Gedanken seinem Hirn. Es war, als ob sein Schädel auslaufen würde. Eine schmerzliche Beere entstand in seinem Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

